**[Inhaltsverzeichnis](#_top)**

**DStGB Aktuell 2121**

vom 28. Mai 2021

Seite

[**RECHT UND VERFASSUNG**](#_Toc73095239)

[2121-01 Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und Rassismus stellt seinen Abschlussbericht vor 3](#_Toc73095240)

[**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**](#_Toc73095241)

[2121-02 IDZ/DStGB-Studie „Bezahlen in der Kommune“ 7](#_Toc73095242)

[2121-03 Bezahlbarkeit von Elektrizität 9](#_Toc73095243)

[2121-04 Erleichterungen beim Windkraft-Repowering 11](#_Toc73095244)

[**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**](#_Toc73095245)

[2121-05 Bundeskabinett beschließt Mandelverordnung:   
Bundesregeln mit Länderöffnungsklausel 15](#_Toc73095246)

[2121-06 Lieferengpässe und Preisänderung bei Baustoffen:   
Erlass des BMI 17](#_Toc73095247)

[**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**](#_Toc73095248)

[2121-07 Schnellladegesetz beschlossen 20](#_Toc73095249)

[2121-08 Gesetz zum autonomen Fahren beschlossen 22](#_Toc73095250)

[2121-09 Bundestag verabschiedet Leitbild zur Verkehrssicherheit 24](#_Toc73095251)

[2121-10 High-Level-Meeting des Bündnisses für moderne Mobilität 27](#_Toc73095252)

[2121-11 Flottenaustauschprogramm Sozial & Mobil 28](#_Toc73095253)

[2121-12 Gemeinsame Agrarpolitik:   
Umschichtung von Direktzahlungsmitteln 30](#_Toc73095254)

[2121-13 Seminar für kommunale Wirtschaftsförderungen 32](#_Toc73095255)

[2121-14 Save the Date:   
Forum deutscher Wirtschaftsförderungen am 18.11.2021 33](#_Toc73095256)

[**EUROPA UND INTERNATIONALES**](#_Toc73095257)

[2121-15 EU-Kommission genehmigt deutsche Beihilferegelung   
im Bereich der Hochgeschwindigkeitsmobilfunkdienste 34](#_Toc73095258)

[**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**](#_Toc73095259)

[2121-16 Pressemitteilung: infas quo-Studie – Kommunen setzen   
in Corona-Pandemie stärker auf Karte, Kontaktlos & Co. 36](#_Toc73095260)

[2121-17 Positive Bilanz des Runden Tisches   
„Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ 39](#_Toc73095261)

[2121-18 Statement: Impfkampagnen beschleunigen –   
Kinder und Jugendliche stärker in den Blick nehmen – Digitalen Impfausweis nicht überbewerten 42](#_Toc73095262)

[2121-19 Statement: Impfung von Schüler/innen   
wichtiger Baustein für normalen Schulbetrieb 44](#_Toc73095263)

[2121-20 Statement: Schulen ertüchtigen – Sommerferien nutzen 45](#_Toc73095264)

[2121-21 Statement: Lage hoffnungsvoll –   
Pandemie noch nicht vorbei 46](#_Toc73095265)

[2121-22 Statement: Neustart nach der Pandemie notwendig 47](#_Toc73095266)

[2121-23 Innovators Club stellt aktuelle Themenwoche vor 49](#_Toc73095267)

[2121-24 Die gute Nachricht: Reisende können Testergebnisse   
mit Ausweisnummern kombinieren lassen 51](#_Toc73095268)

[2121-25 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter 52](#_Toc73095269)

[**TERMINANKÜNDIGUNGEN**](#_Toc73095270)

[2121-26 TERMINVORSCHAU 2021 53](#_Toc73095271)

# **RECHT UND VERFASSUNG**

2121-01 Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus und  
Rassismus stellt seinen Abschlussbericht vor

**Der Abschlussbericht des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus enthält 89 Maßnahmen: Darunter Änderungen im Strafrecht, mehr Forschung und Prävention und die Stärkung der Sicherheitsbehörden, Justiz und Zivilgesellschaft.** **Aus Sicht des DStGB ist die Arbeit und das Ergebnis des Kabinettausschusses ausdrücklich anzuerkennen. Viele der aufgeführten Maßnahmen sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Hass und Rassismus und entsprechen kommunalen Forderungen. Allerdings fehlt es an Aussagen darüber, wie es mit den genannten Maßnahmen und Projekten gerade auf kommunaler Ebene konkret weiter gehen und wie deren künftige, dauerhafte Finanzierung erfolgen sollen. Zwar liegen Eckpunkte eines „Wehrhafte Demokratie Gesetzes“ bereits vor, allerdings ist völlig offen, ob diese noch in dieser Legislatur verabschiedet werden können.**

In den vergangenen Jahren hat sich die zunehmende rechtsextremistische Bedrohung in einer Vielzahl rechtsextremistischer und rassistischer Straf- und Gewalttaten niedergeschlagen, die in den schrecklichen Anschlägen von Halle und Hanau sowie dem Mord an Dr. Walter Lübcke traurige Höhepunkte gefunden haben. Allein im Jahr 2020 gab es insgesamt 23.604 rechtsextremistische Straftaten. Als Reaktion auf die rechtsextremistisch, rassistisch und islamfeindlich motivierten Attentate hat die Bundesregierung im März 2020 den Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ins Leben gerufen. Dort wurden Handlungsempfehlungen erörtert und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, der Migrantenorganisationen sowie der Wissenschaft einbezogen. Der Abschlussbericht des Kabinettausschusses wurde nunmehr vorgestellt und von der Bundesregierung beschlossen.

Folgende Kernvorhaben werden in dem Abschlussbericht aus kommunaler Sicht genannt:

* **Mehr Prävention und Bildung auch auf kommunaler Ebene**

Beispielhaft soll das Projekt „Kommunales Konfliktmanagement“ Konzepte zum Schutz zivilgesellschaftlicher Akteure entwickeln und erproben sowie zur Erarbeitung von Kriterien zur Erhebung von Bedrohungen und Demokratiefeindlichkeit in Kommunen beitragen.

* **Rassismus-Beauftragter der Bundesregierung**

Soll ab dem Jahr 2022 einberufen werden.

* **Beratungsstelle für Angehörige**

Im Bundesinnenministerium wird – noch ohne genauen Zeitpunkt – diese zentrale Stelle für Angehörige von rechtsextremistisch radikalisierenden Personen eingerichtet.

* **Expertenrat "Integration und Vielfalt"**

Angesiedelt bei der Integrationsbeauftragten soll dieser zu Fragen der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und bei den demografischen Herausforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt sowie Verwaltung beraten.

* **Neue Straftatbestände und Strafschärfungen**

Eingeführt werden soll ein neuer Straftatbestand „verhetzende Beleidigung“ mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Gemeint sind Beleidigungen per Mail oder Nachricht aufgrund der ethnischen, nationalen oder religiösen Herkunft, die stärker bestraft werden sollen als eine persönliche Beleidigung, den Straftatbestand der Volksverhetzung aber nicht erfüllen. Die Strafverschärfung soll im Gesetz zur Strafbarkeit von Feindeslisten, das bereits im Bundestag beraten wird, umgesetzt werden. Schließlich soll das Cyberstalking geahndet und die Stalking-Voraussetzungen des § 238 StGB abgesenkt werden. Auch hier haben Bundestag und der Bundesrat bereits beraten. Außerdem soll das Waffenrecht verschärft werden.

* **Neue Stellen und bessere Strukturen bei den Sicherheitsbehörden**
* **Disziplinarrechtliche Ahndung von Rassismus und extremistischen Bestrebungen im öffentlichen Dienst**

Unter anderem durch eine gemeinsame Plattform von Bund und Ländern, auf der sie sich zum disziplinarrechtlichen Vorgehen austauschen und Dokumente und Fortschritte zur aktuellen Rechtsprechung einstellen können.

* **Diversitätsstrategie für den öffentlichen Dienst**
* **Mehr Forschung**

Eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, deren Arbeit unter Federführung des Bundesinnenministeriums und Beteiligung des Bundesfamilienministeriums gesteuert wird, berät und unterstützt bei der Anwendung wissenschaftlich anerkannter Qualitätsstandards und Evaluationsdesigns und entwickelt diese weiter. Die Aufbauphase wird 2022 beginnen.

* **Gesellschaftlicher „Beirat zur Förderung der wehrhaften Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“**

Das Bundesinnenministerium wird gemeinsam mit Bundesfamilienministerium und dem Bundesjustizministerium den Beirat führen. Dieser soll sich mit Fragen von Demokratiefeindlichkeit sowie mit Bedrohungen für unsere plurale und freiheitliche Demokratie, ihrer Institutionen und unserer offenen Gesellschaft auseinandersetzen.

* **Kompetenzzentrum und Bundesarbeitsgemeinschaft für die Arbeit gegen Hass im Netz**

Dies soll federführend durch das Bundesfamilienministerium betreut werden.

* **Finanzierung**

Für die Maßnahmen des Kabinettausschusses sind laut Abschlussbericht auf Vorschlag der Bundesregierung weitere 150 Millionen Euro im Bundeshaushalt 2021 veranschlagt worden, bis 2024 insgesamt mehr als eine Milliarde. Welches Ressort welchen Anteil davon erhält, ist im Abschlussbericht noch nicht geregelt. Projekte im Kultur- und Erinnerungsbereich erhalten 30 Millionen Euro.

Dabei bleiben insbesondere folgende Vorhaben aus dem Maßnahmenpaket des Kabinettausschusses offen:

* **Eckpunkte Wehrhafte Demokratie Gesetz**

Zwar wurden die Eckpunkte insbesondere für eine "bedarfsorientierte, längerfristige und altersunabhängige" Projektförderung im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention veröffentlicht und die Inhalte vorgestellt. Allerdings ist unklar, ob und wenn ja wann diese in das parlamentarische Verfahren münden, insbesondere ob dies noch in dieser Legislatur umgesetzt werden kann.

* **Ersetzung des Begriffs "Rasse" im Grundgesetz**

Die geplante Gesetzesänderung wird voraussichtlich nicht mehr kommen, weil sich das Bundeskabinett auf den Vorschlag von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht bislang nicht einigen konnte.

* **Fristverlängerung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz**

Auch die vorgesehene Fristverlängerung, die Opfern von Diskriminierung sechs statt nur zwei Monate Zeit für rechtliche Schritte gibt, wurde vom Bundeskabinett nicht gebilligt.

Der Abschlussbericht ist abrufbar unter [www.bmi.bund.de](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/abschlussbericht-kabinettausschuss-rechtsextremismus.html).

**Anmerkung des DStGB**

Aus Sicht des DStGB ist die Arbeit und das Ergebnis des Kabinettausschusses ausdrücklich anzuerkennen. Viele der aufgeführten Maßnahmen sind wichtige Bausteine im Kampf gegen Hass und Rassismus und entsprechen den kommunalen Forderungen. Allerdings gibt es einige offene Fragen und Kritikpunkte. Zunächst wäre es wünschenswert, wenn sich der Ausschuss phänomenübergreifend mit Formen des Extremismus befasst und sich nicht auf den Rechtsextremismus beschränkt hätte. Hinzukommt, dass der Bericht konkrete Aussagen darüber vermissen lässt, wie es mit den genannten Maßnahmen und Projekten gerade auf kommunaler Ebene konkret weiter gehen soll. Vieles ist für die Zukunft formuliert, hier wären konkrete Ausführungen über das Wie, wann und Anhaltspunkte zur Finanzierung entscheidend gewesen. Die Finanzierung im Bundeshaushalt wird zwar grob umrissen, allerdings wurden bislang die Gelder vielfach noch nicht ausgezahlt oder sie stehen noch unter dem Vorbehalt der Finanzierung. Was die dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Projekte gerade auf kommunaler Ebene angeht, ist völlig unklar, ob die in den Eckpunkten eines „Wehrhafte Demokratie Gesetzes“ aufgeführte neue rechtliche Finanzierungsgrundlage noch in dieser Legislatur oder überhaupt verabschiedet werden kann. Bislang ist daher weiterhin nur eine befristete Finanzierung mit einem nicht unerheblichen Eigenmittel-Anteil möglich. Der DStGB setzt sich seit langem für einen verbindlichen Organisations- und Finanzrahmen für die Demokratieförderung und Extremismusprävention in Kommunen ein. Vor dem Hintergrund bleibt abzuwarten, wie es mit den aufgezeigten Maßnahmen weiter geht.

(I/3 Miriam Marnich, 27.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

2121-02 IDZ/DStGB-Studie „Bezahlen in der Kommune“

**Eine aktuelle Umfrage von IDZ und DStGB unterstreicht, dass die Digitalisierung nicht aufzuhalten ist und Bargeld sowie kontaktbehaftete Bezahlarten in den nächsten zehn Jahren in den Kommunen deutlich an Stellenwert verlieren werden.** **Knapp neun von zehn Kommunen setzen heute bereits bargeldlose Bezahlverfahren ein. Im bargeldlosen Bezahlen wird insgesamt ein hohes Einsparpotenzial gesehen. Dies betrifft den Personaleinsatz beim Bargeldhandling genauso wie die Kosten.**

Infas quo hat im Auftrag der Initiative Deutsche Zahlungssysteme (IDZ) und in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) eine Umfrage zum „Bezahlen in der Kommune“ durchgeführt. An der Umfrage haben sich Anfang des Jahres insgesamt 436 Kommunen beteiligt. Bereits im Jahr 2014 befragten IDZ (damals noch Initiative GeldKarte) und DStGB die Kommunen zum elektronischen Bezahlen in der Verwaltung. Die neuen Ergebnisse erlauben nun Rückschlüsse über die Veränderungen in der Bezahllandschaft der Kommunen.

Bei der aktuellen Umfrage gaben 87 Prozent der Kommunen an, dass bargeldlose Bezahlverfahren in der Verwaltung bereits zum Einsatz kommen (2014: 70 %). Die bargeldlosen Bezahlmöglichkeiten sind in den Bürgerämtern vielfältig und haben sich im Vergleich zum Jahr 2014 stark verbessert. Nahezu flächendeckend besteht nun die Möglichkeit zur Zahlung mit girocard (86 %; 2014: 68 %), in gut jeder zweiten Kommune, wo mit Karte gezahlt werden kann, ist bereits das kontaktlose Bezahlen mit girocard möglich (54 %). Weiter kann in den Bürgerämtern bargeldlos per Überweisung/Rechnung (2021: 69 %, 2014: 38 %), per Lastschrifteinzug (2021: 45 %, 2014: 30 %) oder auch via Kreditkarte (2021: 24 %, 2014: 11 %) gezahlt werden.

Insgesamt steht die weit überwiegende Mehrheit der Kommunen dem Thema bargeldloses Bezahlen offen gegenüber. Die befragten Kommunen versprechen sich vom bargeldlosen Bezahlen in der Kommune einen Imagegewinn durch den modernisierten Auftritt der Kommune. Auch können (Abrechnungs-)Fehler und Betrugsmöglichkeiten reduziert werden. Vernachlässigt werden darf auch nicht das erhebliche Einsparpotenzial, denn im Durchschnitt werden mehr als fünf Stunden pro Woche mit dem Bargeldhandling aufgewendet.

Der Einsatz von bargeldlosen Bezahlverfahren wird daher an vielen sehr unterschiedlichen Orten in den Kommunen als sinnhaft angesehen. In der Hälfte aller befragten Kommunen hat die Corona-Pandemie zu einer Zunahme von bargeldlosen Bezahlungen durch die Bürger geführt. 19 Prozent der befragten Kommunen gaben an, dass die Corona-Pandemie das Bestreben nach bargeldlosen Bezahlsystemen noch weiter verstärkt hat. Bäder, Stromtankstellen, Parkscheinautomaten aber auch Büchereien werden überproportional häufig als Einsatzort für bargeldlose Bezahlverfahren genannt. Eine deutliche Mehrheit spricht sich im Speziellen für eine Akzeptanz von girocard-Zahlungen an E-Ladesäulen, im ÖPNV und beim Parken aus. Für alle drei Bereiche gilt, dass hier häufig auch via Handy-App nebst beim Anbieter hinterlegter girocard, Kreditkarte, PayPal etc. bezahlt werden kann.

Mit Blick auf die Zukunft gaben die befragten Kommunen an, dass Bargeld und kontaktbehaftete Bezahlungen deutlich an Stellenwert verlieren werden.

Weitere Ergebnisse der Studie finden sich im Exposé

([www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de](https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/media/idz_dstgb_expose_bezahlen_in_der_kommune.pdf))

und in der neuen Ausgabe des IDZ-Vereinsmagazins ProChip ([www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/magazin](https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/magazin/))

Management Summary der Ergebnisse der 2014er Umfrage:

[www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de](https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/media/idz_management_summary_neueci_final_01.pdf)

Weitere Informationen finden sich auch in der gemeinsamen Pressemitteilung von IDZ/DStGB im DStGB-Aktuell-Beitrag 2121-16 in dieser Ausgabe.

(II/3 920-00 Florian Schilling, 27.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

2121-03 Bezahlbarkeit von Elektrizität

**Bei der Bewertung der Bezahlbarkeit von Elektrizität müssen verschiedene Indikatoren wie die Letztverbraucherausgaben, Stromkosten und die Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung herangezogen werden. So hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage einer Bundestagsfraktion beantwortet (19/29460). Zweck- und Zielbestimmung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) sei es, die möglichst preisgünstige Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität zu ermöglichen, erläutert die Bundesregierung. Dabei werde versucht, die Energiewende so kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Die Kritik des Bundesrechnungshofes, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Bezug auf die Strompreise in Gefahr sei, teilt die Bundesregierung nicht. Sie verweist auf die Entlastungsregeln für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen.**

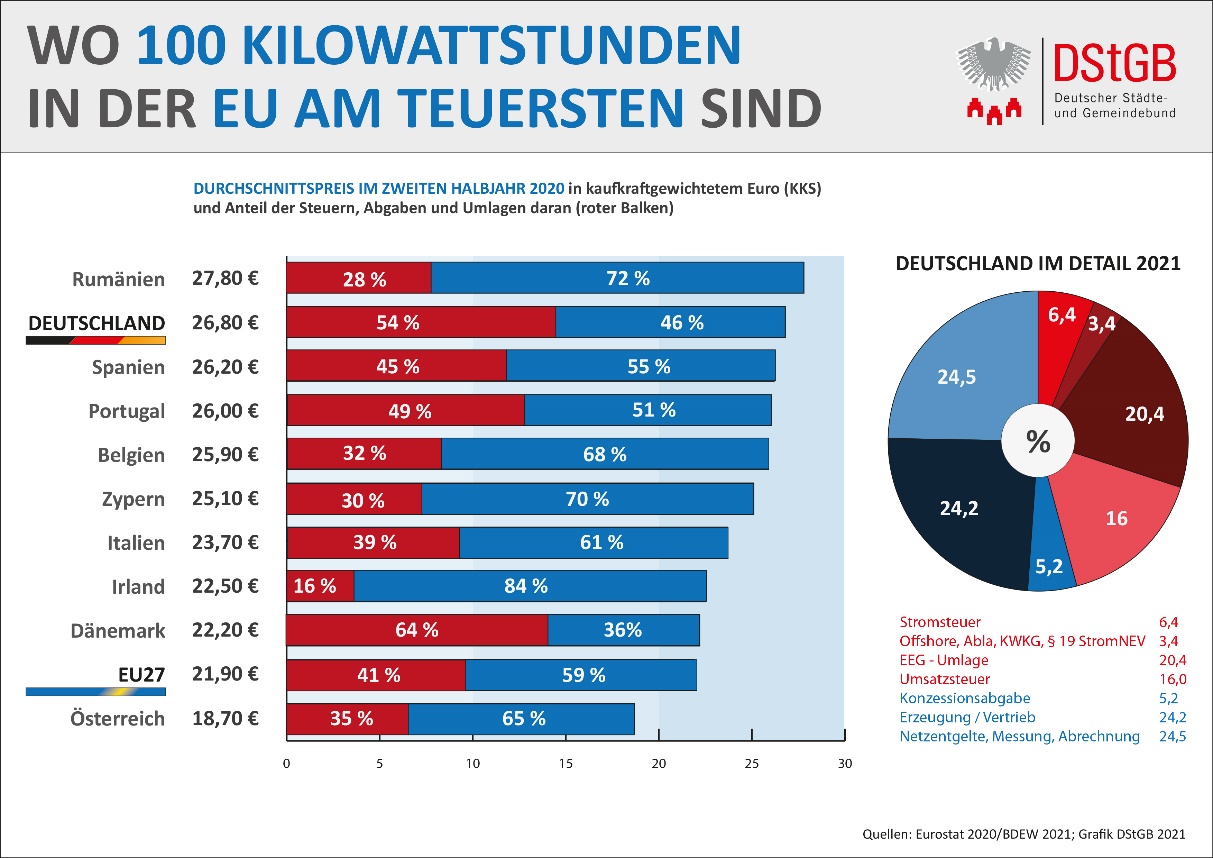
Laut Pressemitteilung des Bundesrechnungshofes vom 30. März 2021 ist die sichere und bezahlbare Stromversorgung zunehmend in Gefahr. Die Bundesregierung steuere den Transformationsprozess der Energiewende weiterhin unzureichend. Die Energiewende drohe Privathaushalte und Unternehmen finanziell zu überfordern. Ob Bürger und Wirtschaft künftig verlässlich mit Strom versorgt werden, unterliege Risiken, die die Bundesregierung nicht vollständig im Blick habe. Dies gefährde unter anderem die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Quellen: [www.bundestag.de/hib](http://www.bundestag.de/hib) – [www.bundesrechnungshof.de](https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/2021/bund-steuert-energiewende-weiterhin-unzureichend)

**Anmerkung des DStGB**

Der DStGB befürchtet ebenfalls Wettbewerbsnachteile aufgrund fehlender Rentabilität für Betriebe in den Kommunen und begrüßt in diesem Zusammenhang eine aktuelle Bundesratsinitiative für eine Energiepreisreform. Insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen in ländlichen Gebieten dürfen nicht aufgrund zu hoher Energiepreise europaweit unter unfairen Wettbewerbsdruck geraten.

Die DStGB-Grafik mit einem Vergleich zu den aktuellen Strompreisen in Europa ist zu finden unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/infografiken/) (Rubrik: Publikationen / Infografiken).



(IV/3 902-02a, Finn Brüning, 26.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**FINANZEN UND KOMMUNALWIRTSCHAFT**

2121-04 Erleichterungen beim Windkraft-Repowering

**Anlässlich einer Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages hat der DStGB die Initiative der Bundesregierung begrüßt, das Repowering von Windkraftanlagen (WEA) zu erleichtern. In einer schriftlichen Stellungnahme wurden in der Sache jedoch zahlreiche Verbesserungen beim entsprechenden Gesetzentwurf gefordert. Dies sind im Einzelnen eine klare Abgrenzung zwischen dem Repowering und der Neuerrichtung von Anlagen, echte Verbesserungen beim natur- und artenschutzrechtlichen Untersuchungsrahmen sowie die Möglichkeit der Gemeinden, im Interesse von mehr Akzeptanz in der Bürgerschaft eine freiwillige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.**

**I. Hintergrund**

Zur Erreichung der Klimaschutzziele stellt der Ausbau der erneuerbaren Energien einen ganz wesentlichen Baustein dar. Die Rahmenbedingungen für das Repowering sind mitentscheidend dafür, dass die ambitionierten Ziele im Bereich der Windenergie erreicht werden können. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund des bevorstehenden Förderendes für 16.000 MW Windkraftleistung bis 2025. Deshalb ist es grundsätzlich richtig, das Repowering von Erneuerbare-Energie-Anlagen zu erleichtern.

Die Bundesregierung hat zu diesem Zweck den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.12.2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung) für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (BT-Drs. 19/27672) vorgelegt.

**II. Wesentliche Forderungen des DStGB**

Zur Erleichterung des Repowerings von WEA soll nach dem Gesetzentwurf in § 16 b BImSchG eine Neuregelung erfolgen.

In einer Stellungnahme, die der DStGB zusammen mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden abgegeben hat, wurden im Einzelnen die nachfolgenden Forderungen zu dieser Neuregelung erhoben:

„*Zu § 16b BImSchG*

*(…)*

*Allerdings fehlt in dem Gesetzentwurf aus unserer Sicht eine hinreichend klare Abgrenzung zwischen Repowering und Neuerrichtung. Es bleibt insofern etwa unklar, ob bei (geringfügigen) Abweichungen vom bisherigen Standort eine Neuerrichtung oder ein Repowering vorliegt. Es wird daher angeregt, klare Regelungen aufzunehmen, in welchen Fällen eine Neugenehmigung bzw. Änderungsgenehmigung/-anzeige erforderlich ist. Hierzu gehört auch eine Regelung für existierende Windparks, d.h. wenn sich der neue Standort innerhalb des bisherigen Windparks befindet und sich die Anlagenzahl im Windpark nicht erhöht.*

*Ferner befürchten wir aufgrund von Rückmeldungen aus der kommunalen Praxis, dass die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigte Verfahrensvereinfachung für Repowering-Vorhaben von Windkraftanlagen weitgehend ins Leere laufen könnte. Der Gesetzentwurf sieht in § 16b Abs. 1 Satz 1 BImSchG vor, dass künftig nur Anforderungen geprüft werden müssen, wenn durch das Repowering nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese nach § 6 BImSchG erheblich sein können (Potentialmaßstab). Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings ist erforderlich, dass hinsichtlich der Erheblichkeitsschwelle genauer geregelt wird, nach welchen Maßstäben und aufgrund welcher Unterlagen nachteilige Auswirkungen durch die betroffenen Behörden bewertet werden sollen. Unklar bleibt auch, welche Forderungen noch geprüft werden müssen, wenn keine nachteiligen Auswirkungen vorliegen: Gar keine Anforderungen oder zumindest bauliche Anforderungen (z. B. statische Prüfungen)? Bei der Bewertung sind zudem die mit dem Rückbau verbundenen Entlastungen zu berücksichtigen.*

*Zumindest im Hinblick auf den Naturschutz dürfte das Repowering regelmäßig erhebliche Auswirkungen haben. Neue Anlagen sind typischerweise deutlich höher als die Bestandsanlagen. Dadurch ergeben sich auch Standortverschiebungen. Die artenschutzrechtlichen Auswirkungen können nur auf Grundlage hinreichend aktueller Daten beurteilt werden. Für die Altanlagen fehlt aber oft schon diese Datengrundlage. Darüber hinaus können sich nachteilige Auswirkungen aufgrund der Dimensionen der neuen Anlagen insbesondere in folgenden Bereichen ergeben: Immissionsschutz (Schall, Schattenwurf), Baurecht (Eisabwurf, Turbulenzen, Erschließung), Luftverkehr, Belange des Deutschen Wetterdienstes. Eine Vereinfachung könnte allenfalls darin bestehen, dass die Vorbelastung durch die Altanlagen Berücksichtigung findet. Für den Untersuchungsumfang stellt die geplante Neuregelung nach unserer Einschätzung jedoch keine Vereinfachung dar. Eine spürbare Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren erwarten wir durch die geplante Gesetzesänderung daher nicht. Wenn dies tatsächlich erreicht werden soll, wären im Einzelnen eine praxistaugliche Repowering-Definition, eine entsprechende Anwendung des § 6 Absatz 3 BImSchG, die Anwendung des vereinfachten Verfahrens gemäß § 19 BImSchG, Eilrechtsschutzanträge nur innerhalb eines Monats und eine UVP-Pflicht nur bei Notwendigkeit konkrete Ansatzpunkte.*

*Aus Sicht der Genehmigungsbehörden hat es sich bei Windkraftanlagen im Übrigen bewährt, dem Vorhabenträger zu empfehlen, freiwillig auch für Anlagen im vereinfachten Genehmigungsverfahren ohne Öffentlichkeitsbeteiligung ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung zu beantragen. Dies kann sinnvoll sein, um das Verfahren transparent zu machen und die Bürgerschaft mit einzubinden. Auch sind wir der Auffassung, dass die grundsätzliche Akzeptanz entsprechender Vorhaben verbessert werden kann, wenn eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet. Somit regen wir an, dass § 16b Abs. 1 Satz 2 BImSchG dahingehend geändert wird, dass der Vorhabenträger jederzeit freiwillig die Durchführung eines Genehmigungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung beantragen kann.*

Die vollständige Stellungnahme kann beim DStGB per E-Mail angefordert werden: [kristine.stuevecke@dstgb.de](mailto:kristine.stuevecke@dstgb.de).

**III. Wesentliche Inhalte der Anhörung**

Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages am 19. Mai 2021 zu den o.g. Gesetzentwürfen unterstrich der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), dass Repowering das Beste sei, was der Gesetzgeber mit den alten Windenergieanlagen machen könne. Denn es biete die Möglichkeit, bei Anlagen, die aus der gesetzlichen Förderung fielen, den Ertrag zu erhöhen. Gleichzeitig ließen sich artenschutzrechtliche Konflikte reduzieren, da die benötigte Fläche verringert und gleichzeitig die Stromerzeugung erhöht werde.

Der Gesetzentwurf setze die Anforderungen des Europarechts nicht umfassend um, kritisierte die Stiftung Umweltenergierecht. So widerspreche es dem Europarecht, dass die Frist für die Dauer des Genehmigungsverfahrens erst dann beginne, wenn die Unterlagen vollständig vorlägen. Außerdem müsse geregelt werden, was passiere, wenn die Genehmigungsfrist abgelaufen sei. Weiter wurde kritisiert, dass der neue Paragraf 16b des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nur für strom- und nicht auch für wärmeerzeugende Anlagen gelte.

Der Begriff des Repowering müsse laut Bundesverband Windenergie im Gesetzentwurf klarer gefasst werden. Insbesondere sei es erforderlich, die Erleichterungen bei der Genehmigung nicht nur auf den standortexakten Ersatz von Altanlagen anzuwenden, sondern auch auf standortverlagerndes Repowering.

Nach Einschätzung des BDEW werde Repowering in den nächsten Jahren immer wichtiger, da immer mehr Anlagen aus der Förderung fielen. Repowering sei ein wesentlicher Bestandteil, um die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, und liege letztlich auch im Interesse von Anwohnern, Planungsträgern und Artenschutz.

Der Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) hob die Bedeutung der Wasserkraft hervor, die zahlreiche Vorteile wie Netzstabilität und hohe Speicherfähigkeit biete. Der Verband begrüße die vorgesehene Verkürzung der Genehmigungsdauer, schlug aber zur Präzisierung eine Fristvorgabe vor, in der die Genehmigungsbehörde die eingereichten Unterlagen auf Vollständigkeit prüfen muss.

Eine ganz andere Einschätzung gab die Interessengemeinschaft Lahn ab. Wasserkraft habe "kolossale Auswirkungen" auf die Ökologie der Fließgewässer. Die Interessengemeinschaft verwies hierzu auf den rheinland-pfälzischen Bereich der Lahn, wo Algenbildung und ein extrem hoher pH-Wert festzustellen seien. Die Wasserkraft dürfe deshalb nicht weiter ausgebaut werden.

(IV/1 900-20, Timm Fuchs, 27.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

2121-05 Bundeskabinett beschließt Mandelverordnung:  
Bundesregeln mit Länderöffnungsklausel

**Das seit über 15 Jahren in Arbeit befindliche Mammutprojekt Mantelverordnung hat eine wichtige Hürde genommen. Das Bundeskabinett stimmte auf seiner Sitzung am 12. Mai 2021 dem geplanten Regelungspaket für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz in dem zuletzt zur EU-Notifizierung gegebenen Entwurf zu. Nun ist noch die Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates erforderlich.**

**Hintergrund**

Während auf Bundesebene bei der noch im Mai oder im Juni erwarteten Bundestagsabstimmung keine Hindernisse zu erwarten sind, gibt es bei den Bundesländern weiterhin divergierende Meinungen. Wie es aus Länderkreisen heißt, ist eine Verabschiedung der Verordnung nach der Sommerpause im September zwar durchaus wahrscheinlich, aber nicht sicher. Größter Problempunkt bleibt die auf Druck Bayerns in den Entwurf aufgenommene Länderöffnungsklausel für Grubenverfüllung.

Nach mehr als 15 Jahren Arbeit an der Neuregelung kann es nun gelingen, ein einheitliches Regelwerk zu schaffen: So sollen mit der Mantelverordnung erstmals deutschlandweit gültige Vorgaben für das Recycling von Baustoffen und für die Beseitigung von Schadstoffen gelten.

Gleichzeitig soll die Mantelverordnung mit der Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung erstmals einheitliche Regeln zur Verfüllung von obertägigen Abgrabungen wie zum Beispiel einstigen Kies- und Sandgruben schaffen.

**Regierung erwartet Stoffstromverschiebung Richtung Deponie**

Im jetzt vom Bundeskabinett beschlossenen Verordnungsentwurf rechnet die Bundesregierung nicht mehr mit einem Anstieg der Deponierung. Nun bleibt abzuwarten, wie sich die Bundesländer bei der für September anvisierten neuerlichen Befassung mit dem Verordnungspaket positionieren werden. Momentan unterstützt wohl eine Mehrheit der Länder den neuen Verordnungsentwurf.

Allerdings gibt es auch mit Hessen, Thüringen, Bremen und dem Saarland vier Länder, die den jetzigen Verordnungsentwurf entschieden ablehnen. Andere Länder sind zwar unsicher, tendieren aber zur Zustimmung.

**Anmerkung des DStGB**

Mit Blick auf eine mögliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Bund nach der Bundestagswahl Ende September ist es nicht gänzlich ausgeschlossen, dass der Bundesrat die Befassung mit der Mantelverordnung auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Damit würde sich der Fall von vor vier Jahren, also in der letzten Legislaturperiode, wiederholen. So hatte im Jahr 2017 der vorherige Entwurf der Mantelverordnung ebenfalls schon die Hürden von Bundeskabinett und auch Bundestag genommen. Der Bundesrat vertagte dann aber das Verordnungspaket auf Wiederaufruf nach der Bundestagswahl.

(III/1 850-05 Norbert Portz, 25.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**STÄDTEBAU, VERGABE UND UMWELT**

2121-06 Lieferengpässe und Preisänderung bei Baustoffen:  
Erlass des BMI

**Aktuell gibt es Lieferengpässe und „Preisexplosionen“ bei bestimmten Baustoffen (Holz, Stahl, Dämmmaterialien etc.). Diese sind, was etwa das Holz betrifft, auch durch große Aufkäufe aus den USA und China und eine dadurch ausgelöste Verknappung in Deutschland verursacht. Vor dem Hintergrund die auch kommunale Auftraggeber treffende Problematik hat sich der DStGB an das Bundesbauministerium (BMI) gewandt und um Abstimmung gebeten. Das BMI hat dem DStGB seinen an die Bundesebene sowie an die Fachaufsicht führende Ebene der Bauverwaltungen in den Ländern gerichteten Erlass vom 21. Mai zum Thema „Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen diverser Baustoffe“ übersandt. Der Erlass kann inhaltlich und sinngemäß auch für die Auftragsvergaben der Städte und Gemeinden herangezogen werden:**

*„Seit einiger Zeit häufen sich Berichte über drastisch steigende Preise und Lieferengpässe für verschiedene Baustoffe. Dazu gehören z. B. Holz, Kunststoffe und Stahl. Auch das aktuell abgefragte Lagebild im Bundesbau bestätigt diese Situation in einer Vielzahl von Fällen.*

*Das Vergabehandbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) stellt mit dem Formblatt „Stoffpreisgleitklausel“ ein Instrument zur Verfügung, mit dem auf volatile Preissteigerungen reagiert werden kann. Das Formblatt kam bisher in Verbindung mit schwankenden Stahlpreisen zum Einsatz, kann aber ebenso auch für andere Stoffe verwendet werden, soweit im Güterverzeichnis des Statistischen Bundesamtes Indizes dafür veröffentlicht werden.*

***I. Neue Vergabeverfahren***

*Entsprechend der Richtlinie zum Formblatt 225 VHB ist vor Einleitung der Vergabeverfahren zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Vereinbarung von Stoffpreisgleitklauseln vorliegen. Hierbei sind die vom Statistischen Bundesamt erfassten und veröffentlichten Indizes der entsprechenden Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Fachserie 17, Reihe 2) einzubeziehen. Insbesondere Sprünge von mehreren Indexpunkten pro Monat sind ein Indiz eines mit der Vereinbarung fester Preise einhergehenden, besonders hohen Wagnisses der Bieter, das die Vereinbarung von Stoffpreisgleitklauseln nahelegt.*

*Ist im Ergebnis der Prüfung eine Stoffpreisgleitklausel zu vereinbaren, sind im Formblatt 225 alle Stoffe, die der Preisgleitung unterworfen werden sollen, mit ihren Ordnungsziffern (LV-Positionen), der entsprechenden GP-Nummer, einem Basiswert 1 inkl. Zeitpunkt seiner Ermittlung und der jeweilige Abrechnungszeitpunkt einzutragen. Das Formblatt ist den Vergabeunterlagen beizufügen. Neben dem Formblatt 225 ist den Vergabeunterlagen auch das Hinweisblatt beizufügen und im Anlagenverzeichnis der Aufforderung zur Angebotsabgabe unter Buchstabe A aufzunehmen.*

*Soweit die Terminsituation der Baumaßnahme es zulässt, sind zur Sicherstellung des Wettbewerbs Vertragsfristen der aktuellen Situation angepasst zu vereinbaren. Vertragsstrafen sind weiterhin nur im Ausnahmefall zu vereinbaren.*

***II. Laufende Vergabeverfahren***

*Soweit Vergabeverfahren bereits eingeleitet sind, kann/können die Stoffpreisgleitklausel nachträglich einbezogen und/oder die Ausführungsfristen an die aktuelle Situation angepasst werden, wenn die (Er)Öffnung der Angebote noch nicht erfolgt ist. Die Angebotsfrist ist ggf. zu verlängern.*

*Bieteranfragen zur Vereinbarung einer Stoffpreisgleitklausel sind zu prüfen und soweit mit den Vorgaben des VHB vereinbar, zu genehmigen. Ablehnende Entscheidungen sind im Vergabevermerk zu begründen.*

*Ist die Angebots(er)öffnung bereits erfolgt, ist zu prüfen, ob zur Sicherstellung des Wettbewerbs und zur Vermeidung von Streitigkeiten bei der Bauausführung die Rückversetzung in den Stand vor Angebotsabgabe in Frage kommt, um Stoffpreisgleitklauseln einbeziehen und/oder Ausführungsfristen verlängern zu können. Dies kann in Einzelfällen angezeigt sein, wenn einzelne Bau-stoffe einen entscheidenden Einfluss auf die Durchführung der Baumaßnahme haben. Hierbei sind alle Rahmenbedingungen abzuwägen und der Entscheidungsprozess ist zu dokumentieren.*

*Entscheidungen über Fristanpassungen sind in Abhängigkeit der Terminsituation der jeweiligen Maßnahme zu treffen. Übergeordnetes Ziel der Bauverwaltung muss in jedem Falle sein, zugesagte Fertigstellungs- und Übergabetermine einzuhalten.*

***III. Bestehende Verträge***

1. *Bestehende Verträge sind einzuhalten; eine Anpassung kommt nur in besonders begründeten Ausnahmefällen im Rahmen von § 58 BHO und der dazu ergangenen VV–BHO in Betracht. Ein Rechtsanspruch auf Änderung oder Aufhebung des Vertrages könnte dem Auftragnehmer aufgrund der „Störung der Geschäftsgrundlage“ (§ 313 Abs. 1 BGB) zustehen. Das ist nur dann der Fall, wenn das Festhalten am Vertrag in seiner ursprünglichen Form für den Auftragnehmer zu untragbaren, mit Recht und Gerechtigkeit nicht zu vereinbarenden und damit nach Treu und Glauben nicht zuzumutenden Ergebnissen führen würde. Diese Voraussetzungen werden nur in seltenen Einzelfällen gegeben sein.*
2. *Wenn es dem Bauunternehmer selbst bei Zahlung höherer Einkaufspreise nicht möglich ist, die Baustoffe zu beschaffen (tatsächliche Unmöglichkeit), kann der Fall der höheren Gewalt (insbesondere infolge der COVID-19-Pandemie) oder eines anderen, vom Auftragnehmer nicht abwendbaren Ereignisses im Sinne des § 6 Absatz 2 Nummer 1c VOB/B vorliegen. Dadurch verlängern sich die Vertragsfristen. Beweispflichtig ist derjenige, der sich auf höhere Gewalt/das nicht abwendbare Ereignis beruft.“*

(III/1 608-00 Norbert Portz, 26.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-07 Schnellladegesetz beschlossen

**Der Bundestag hat am 20.5.2021 das Schnellladegesetz in einer vom Verkehrsausschuss geänderten Fassung beschlossen.** **Die vorgenommenen Änderungen sind aus kommunaler Sicht zu begrüßen, da sich unter anderem kommunale Stadtwerke auf die nun 18 Lose besser bewerben können und ihre bisherigen Investitionen bei der Ausschreibung der Standorte zu berücksichtigen sind.**

**Hintergrund des Gesetzes**

Mit dem Gesetz wird die rechtliche Grundlage für die geplante Ausschreibung zum Aufbau eines öffentlichen Schnellladenetzes mit 1.000 Standorten geschaffen. Der Bund soll nicht selbst Betreiber von Ladeeinrichtungen werden. Vielmehr soll der Infrastrukturaufbau für den Markthochlauf der E-Fahrzeuge durch langfristige Verträge mit Betreibern gewährleistet werden. Ausgeschrieben werden soll HPC (High Power Charging) -Ladeinfrastruktur mit einer Leistung pro Ladepunkt von mindestens 150 kW, die ein schnelles Laden für Mittel- und Langstreckenmobilität gewährleistet. Auch Bietergemeinschaften können sich im Rahmen der Ausschreibung bewerben (s. hierzu ausführlich auch DStGB-Aktuell 0621-15 vom 12.02.2021).

Auch der Bundesrat hat dem Gesetz am 28. Mai 2021 zugestimmt. Das Gesetz wird jetzt dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet und kann danach im Bundesgesetzblatt verkündet werden. Es wird am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

**Ergänzungen im Gesetz und Bewertung aus kommunaler Sicht**

Die im Bundestag nun angenommene Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses beinhaltet unter anderem einige wichtige Forderungen der Kommunen und kommunalen Unternehmen. Die geplante bundesweite Ausschreibung von Schnelladeinfrastruktur ist aus Sicht der Städte und Gemeinden der notwendige Weg, um zeitnah eine flächendeckende Verfügbarkeit an Schnellladeinfrastruktur zu gewährleisten. Die auszuschreibende Schnellladeinfrastruktur soll insbesondere an Bundesfernstraßen entstehen. Klargestellt wurde nun ergänzend zum ursprünglichen Gesetzentwurf, dass sich die Schnellladeinfrastruktur im ländlichen und suburbanen Raum sowie auch innerorts befinden kann.

Besonders betont wird nun die Forderung des DStGB, dass die Interessen der Bestandsinfrastruktur stärker zu berücksichtigen sind. Denn bei den Planungen der Standorte gilt es schließlich, insbesondere perspektivische Versorgungslücken zu füllen. Bei der Losbildung sind nun nach dem Bundestagsbeschluss explizit mittelständische Interessen zu berücksichtigen. In jeder Region soll mindestens ein im Verhältnis zu den anderen Losen kleineres Los gebildet werden, das mittelständischen Unternehmen eine Teilnahme an den Ausschreibungen ermöglicht. Hilfreich für die Teilnahme kommunaler Stadtwerke ist zudem die Erhöhung der Mindestanzahl an auszuschreibenden Losen. Diese soll nun 18 Lose (anstelle von bisher 10) umfassen.

Ergänzt wurde zudem unter anderem, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) angemessene Zeitpunkte festlegt, bis zu denen der Auftragnehmer die Schnelladeinfrastruktur nach Vertragsabschluss fertiggestellt haben und für die Öffentlichkeit nutzbar machen muss. Alle zwei Jahre, erstmals zum 1. Juli 2024, muss das BMVI zudem einen Bericht für den Bundestag über die Flächendeckung, den Betrieb und die technische Ausstattung der Schnellladestandorte erstellen. Damit ist auch das Parlament stärker in die Umsetzung des Gesetzes eingebunden und kann einwirken, falls das wichtige Ziel der flächendeckenden Versorgung mit Schnellladeinfrastruktur gefährdet ist. Für die Städte und Gemeinden bzw. Regionen könnte das Fehlen von geeigneten Lademöglichkeiten schließlich schon in naher Zukunft zu einem erheblichen Standortnachteil werden.

**Weitere Informationen**

Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes über die Bereitstellung flächendeckender Schnellladeinfrastruktur für reine Batterieelektrofahrzeuge (PDF): [https://dip21.bundestag.de](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/281/1928184.pdf)

Angenommene Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses:

[https://dip21.bundestag.de](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/298/1929840.pdf)

DStGB-Positionspapier „Alternative Antriebe“ unter: [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/publikationen/positionspapiere/alternative-antriebe-fuer-die-mobilitaet-der-zukunft/)

(IV/2 724-10, Jan Strehmann, 28.5.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-08 Gesetz zum autonomen Fahren beschlossen

**Autonome Fahrzeuge sollen künftig bundesweit ohne einen physisch anwesenden Fahrer in festgelegten Betriebsbereichen fahren können. Der Bundestag hat dazu am 20.05.2021 einen entsprechenden Gesetzentwurf „zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes – Gesetz zum autonomen Fahren“ mit Änderungen des Verkehrsausschusses beschlossen. Insbesondere im Bereich der autonomen Shuttles im ÖPNV können somit Pilotprojekte in einen Regelbetrieb überführt werden. Für die weitere Entwicklung gilt es, vor allem die Fahrzeuge intelligent auszustatten, da ein flächendeckender Aufbau von Sensorik bei der Infrastruktur nicht möglich ist.**

**Hintergrund des Gesetzes**

Mit dem Gesetz wird nun ein Regelungsrahmen geschaffen, damit autonome Fahrzeuge künftig bundesweit ohne einen physisch anwesenden Fahrer in festgelegten Betriebsbereichen des öffentlichen Straßenverkehrs im Regelbetrieb fahren können. Dazu werden die technischen Anforderungen an den Bau, die Beschaffenheit und die Ausrüstung von Fahrzeugen mit autonomen Fahrfunktionen geregelt – ebenso wie die Prüfung und das Verfahren für die Erteilung einer Betriebserlaubnis durch das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA).

Geregelt wird des Weiteren der Umgang mit den für den Betrieb benötigten Daten. Zudem wird der Begriff der Technischen Aufsicht bestimmt. Diese muss laut Bundesregierung eine natürliche Person sein, die im Einzelfall die Deaktivierung oder Freigabe von Fahrmanövern des Fahrzeuges von außen vornehmen kann (s. hierzu auch DStGB-Aktuell 0521-09 vom 05.02.2021).

Auch der Bundesrat hat dem Gesetz am 28. Mai 2021 zugestimmt. Das Gesetz wird jetzt dem Bundespräsidenten zur Unterzeichnung zugeleitet und kann danach im Bundesgesetzblatt verkündet werden. Es wird am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

**Anmerkung des DStGB**

Die kommunalen Spitzenverbände hatten zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgegeben und Hinweise auf Nachbesserungsbedarf gegeben (siehe hierzu DStGB-Aktuell 0521-09 vom 05.02.2021).

Das Gesetz stellt grundsätzlich einen wichtigen Schritt für die weitere Erprobung und Erlangung von Marktreife der Technologie dar. Der DStGB begrüßt den gewählten Ansatz, autonome Fahrzeuge zunächst in begrenzten Verkehrsbereichen, also in bestimmten klar definierten Anwendungsbereichen zuzulassen und somit den nächsten Schritt bei

der Entwicklung geeigneter Technologien vorzunehmen. Betroffene Anwendungsbereiche vor Ort sind insbesondere autonome ÖPNV-Shuttles, Logistikverkehre sowie das automatisierte Einparken.

Im Rahmen der Gesetzgebung wurde jedoch versäumt, den Kommunen bei der Genehmigung der festgelegten Betriebsbereiche durch die nach Landesrecht zuständigen Behörden eine klar definierte Rolle zuzuschreiben. Denn die Städte und Gemeinden müssen zwingend auch unabhängig davon, ob sie beispielsweise als ÖPNV-Aufgabenträger für einzelne Anwendungen zuständig sind, in diese Genehmigungsverfahren im Bereich in Ihrer Gebietskörperschaft als Träger öffentlicher Belange beteiligt werden. Hier bedarf es daher jetzt umso mehr einer engen Abstimmung zwischen den Akteuren.

Bei der Debatte um das automatisierte und autonome Fahren stellt sich auch die Frage ob neben den Fahrzeugen auch die Infrastruktur technologisch aufzurüsten ist. Es würde jedoch einen immensen Aufwand bedeuten, das gesamte Straßennetz mit standardisierten Fahrbahnbegrenzungen, Funkkontakten zu Lichtsignalanlagen und Verkehrszeichen und weiteren Features auszustatten. Es muss daher vor allem auf intelligente Fahrzeuge gesetzt werden. Die Praxis zeigt zudem, dass der ÖPNV mit seinen Projekten zum fahrerlosen Fahren nicht so hohe Anforderungen an die Infrastruktur stellt.

**Weitere Informationen**

Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Gesetzes „zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Pflichtversicherungsgesetzes – Gesetz zum autonomen Fahren“ (PDF): [https://dip21.bundestag.de](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/274/1927439.pdf)

Angenommene Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses: [https://dip21.bundestag.de](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/298/1929875.pdf)

(IV/2 721-20, Jan Strehmann, 28.5.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-09 Bundestag verabschiedet Leitbild zur Verkehrssicherheit

**Der Bundestag hat am 21. Mai 2021 für einen Koalitionsantrag von CDU/CSU und SPD zur Verkehrssicherheit mit dem Titel „‚Vision Zero‘ – Unser Leitbild für die Verkehrssicherheit“ gestimmt. Demnach soll der Bund unter anderem den Kommunen mehr Handlungsspielräume für streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkungen ermöglichen. Viele der Forderungen sind auch Gegenstand des Bündnisses moderne Mobilität zwischen Bund, Ländern und Kommunen.**

**Antrag der Koalitionsfraktionen**

Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD sehen in ihrem Antrag Erfolge bei der Sicherheit im Straßenverkehr in Deutschland. So sei gegenüber 1991 die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten um über 70 Prozent gesunken. Und auch mit Blick auf das vergangene Jahrzehnt sei noch ein „signifikanter Rückgang“ um 24 Prozent zu verzeichnen. Gleichwohl verlangsame sich aber dieser Positiv-Trend. Und auch die Zahl der Unfälle mit Personenschaden stagniere.

Mit ihrem Antrag formulieren die Fraktionen deshalb das Ziel, „mittelfristig die Zahlen der Getöteten und Schwerverletzen auf null zu senken“. Dafür müsse das Ziel „Vision Zero“ zunächst als Leitgedanke in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen werden.

**Kommunale Handlungsspielräume für Geschwindigkeitsbeschränkungen sollen erhöht werden**

Den Kommunen soll es durch eine Veränderung der gesetzlichen Vorgaben erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für einzelne Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen, ohne dass es dabei zu flächendeckenden Tempo-30-km/h-Gebieten kommt.

Außerorts soll den Straßenverkehrsbehörden die Anordnung von streckenbezogenen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf schmalen Landstraßen (Teilstücken) auf max. 80 km/h erleichtert werden.

**Verkehrszeichen „Ladezone“**

Ein eigenes Verkehrszeichen „Ladezone“ soll eingeführt und die Möglichkeit der Einrichtung von Liefer- und Haltezonen verbessert werden. Somit soll dem widerrechtlichen Halten auf Radfahrstreifen bzw. „in zweiter Reihe“ durch den Lieferverkehr entgegengewirkt werden.

**Radverkehrsförderung des Bundes soll fortgeführt und ausgeweitet werden**

Nach dem Koalitionsantrag soll die Radverkehrsoffensive des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in gleicher Höhe über 2023 hinaus fortgesetzt werden. Das so genannte Sonderprogramm „Stadt und Land“ soll zudem um den Förderschwerpunkt „Vision Zero“ erweitert und finanziell aufgestockt werden. Ziel soll sein, den Kommunen die Möglichkeit zu geben, bekannte Gefahrenstellen auch baulich zu verändern.

Geprüft werden soll zudem, wie ländliche Wege in die Radverkehrsnetzplanung stärker einzubeziehen sind, um auf getrennter Infrastruktur sicheres Radfahren für alle Altersgruppen auch außerorts zu ermöglichen. Die Nutzung und Ertüchtigung solcher ländlichen Wege soll über die Bundesförderung möglich sein. Zudem sollen Fahrradschutzstreifen außerorts auf geeigneten Straßen weiter getestet und erfolgreich getestete Strecken beibehalten werden.

**Weitere Forderungen des Antrags**

Neben einer Reihe weiterer Maßnahmen fordert die Koalition von der Bundesregierung auch die Einführung von Fahrassistenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen weiter zu fördern, die streckenbezogene Geschwindigkeitsüberwachung auszuweiten und den Fußverkehr im Rahmen einer kommenden StVO-Novelle zu stärken.

**Anmerkung des DStGB**

Der Antrag stellt auch die Reaktion der Koalition auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dar. Diese hatten sich für die Einführung von „Verkehrssicherheitszonen“ in den Innenstädten ausgesprochen, welche durch ein Einfahrverbot für Lkw ohne Abbiegeassistent gekennzeichnet wären. Dies wäre aus Sicht des DStGB jedoch auch angesichts der noch fehlenden zulassungsrechtlichen Voraussetzungen in Europa (Vorgabe für Neufahrzeuge ab 2024) abzulehnen.

Auch wenn nun der im Bundestag verabschiedete Antrag explizit unter Haushaltsvorbehalt steht und am Ende der Legislatur kommt, unterstützt er die kommunale Ebene in vielen Belangen.

Der Koalitionsantrag umfasst zahlreiche Aspekte verschiedener Verkehrsträger, die seitens der Kommunen in den vergangenen Jahren an den Bund herangetragen wurden. Hierzu zählen auch in der öffentlichen Debatte viel diskutierte Änderungen, wie die leichtere Anordnung von Tempo 30 innerorts. Auch der DStGB spricht sich hierbei für mehr Handlungsspielräume gemäß dem Antrag aus, ohne dass eine flächendeckende Regelumkehr von Tempo 50 auf Tempo 30 innerorts befürwortet wird.

Besonders begrüßenswert ist das Bekenntnis der Koalition, die Radverkehrsförderung des Sonderprogramms „Stadt und Land“ nach 2023 zu verstetigen und um verkehrssicherheitsrelevante bauliche Maßnahmen zu ergänzen. Zudem sollen auch die oft vergessene Radverkehrsförderung auf dem Land durch die Einbeziehung von Wirtschaftswegen und die weitere Erprobung von Schutzstreifen außerorts unterstützt werden. Gerade hierbei wäre es aus Sicht des DStGB ratsam, auch Konzepte aus dem Ausland auf ihre Übertragbarkeit zu prüfen und pragmatische und umsetzbare Lösungen zu suchen. Denn gerade in der Fläche wird es kaum möglich werden, durchgehend straßenbegleitende Radinfrastruktur zu errichten.

**Weitere Informationen**

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD (Drucksache 19/29766): [https://dip21.bundestag.de](https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/297/1929766.pdf)

(IV/2 721-50, Jan Strehmann, 25.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-10 High-Level-Meeting des Bündnisses für moderne Mobilität

**Die diesjährige öffentliche Diskussion des Bündnisses für moderne Mobilität zwischen Bund, Ländern und Kommunen findet am 2. Juni 2021 von 12:00 bis 13:30 Uhr in digitaler Form statt.** **Im Rahmen der hochrangigen Diskussionsrunde wird Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer mit Staatsrat Ronny Meyer für die Verkehrsministerkonferenz der Länder, DStGB-Präsident Ralph Spiegler sowie den Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages die Arbeitsergebnisse der letzten Monate vorstellen und diskutieren. Die Veranstaltung wird live übertragen.**

**Hintergrund**

DStGB-Präsident Ralph Spiegler wird im Rahmen der digitalen Diskussionsrunde die Ergebnisse der Bündnis-Arbeitsgruppen zu Finanzierungsperspektiven im Öffentlichen Personennahverkehr sowie zum Thema Parken vorstellen. Im Zuge der Veranstaltung wird auch der jährliche Bericht des Bündnisses veröffentlicht.

Das im Jahr 2019 gegründete „Bündnis für moderne Mobilität“ zwischen dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, der Verkehrsministerkonferenz der Länder sowie den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) hat in diesem Jahr seine Arbeiten weiter fortgeführt. Im Vordergrund standen die verlässliche und resiliente ÖPNV-Finanzierung sowie weitere Themen wie Verkehrssicherheit, Radverkehr, Geschwindigkeit, Parken, Ladeinfrastruktur und digitale Vernetzung. Ziel des Bündnisses ist es, durch den Austausch der staatlichen Ebenen verkehrspolitische Handlungserfordernisse für die Entwicklung nachhaltiger Mobilität in Stadt und Land zu identifizieren.

**Weitere Informationen**

Die Veranstaltung ist am 2.6.2021 live verfügbar unter:

[www.bmvi.de/live-buendnis-fuer-moderne-mobilitaet](http://www.bmvi.de/live-buendnis-fuer-moderne-mobilitaet)

(IV/2 730, Jan Strehmann, 26.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-11 Flottenaustauschprogramm Sozial & Mobil

**Das Bundesumweltministerium (BMU) hat einen neuen Förderaufruf für das Flottenaustauschprogramm Sozial & Mobil veröffentlicht. Mit dem Förderprogramm unterstützt die Bundesregierung im Rahmen des Corona-Konjunkturprogramms die Umstellung der im Gesundheits- und Sozialwesen eingesetzten Fahrzeugflotten auf Elektrofahrzeuge. Von der Förderung können nun explizit auch kommunale Sozialstationen profitieren.**

**Neuer Förderaufruf**

Das BMU fördert die Beschaffung (Kauf) rein batterieelektrischer Neufahrzeuge (BEV)1 im Gesundheits- und Sozialwesen. Abhängig von den beihilferechtlichen Voraussetzungen sind folgende Ausgaben zuwendungsfähig:

* Die gegenüber vergleichbaren Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor durch den Elektroantrieb entstehenden Investitionsmehrausgaben.
* Ausgaben für die Beschaffung der für den Betrieb der Fahrzeuge notwendigen Ladeinfrastruktur (nur bei Förderung gemäß De-minimis-Verordnung und gleichzeitiger Beantragung von Fahrzeugen ).

Innerhalb des neuen Förderaufrufs können Anträge bis zum 01.03.2022 eingereicht werden. Die Bearbeitung erfolgt nach dem Antragseingang. Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur müssen dann bis zum 30. September 2022 beschafft und zugelassen werden. Pro batterieelektrischem Fahrzeug sind somit bspw. 10.000 Euro Zuschuss (ggf. abzgl. des Bundesanteils des BAFA-Umweltbonus) möglich.

Für weitere Informationen siehe verlinktes FAQ.

**Auch kommunale Sozialstationen antragsberechtigt**

Der neue Aufruf präzisiert auch den Kreis der Antragsberechtigten: Neben Organisationen und Unternehmen, die im Sozial- und Gesundheitswesen tätig sind, können nun auch deren Träger Anträge stellen. Leasingunternehmen, die Fahrzeuge an solche Organisationen und Unternehmen verleasen sind weiterhin antragsberechtigt.

Antragsberechtigt sind im Gesundheits- und Sozialwesen tätige Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen (in Anlehnung an die Wirtschaftszweigklassifikation Q) sowie Leasinggeber, die Fahrzeuge an diese Akteure verleasen. Hierzu gehören auch Organisationen und Einrichtungen in kommunaler, kirchlicher oder freier Trägerschaft, deren Träger, Stiftungen und deren Spitzenverbände sowie Verbände auf Landes-, Bezirks- oder Kreisebene und weitere gemeinnützige juristische Personen mit Schwerpunkt der sozialen Arbeit und der Wohlfahrtspflege mit überwiegender Aktivität in Deutschland.

Für kommunale Eigenbetriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist die jeweilige Kommune antragsberechtigt, für sonstige Betriebe oder Einrichtungen ohne Rechtspersönlichkeit der jeweilige Träger. Zu beachten ist, dass die von Gebietskörperschaften beantragten Fahrzeuge im Rahmen der Zweckbindungsfrist von zwei Jahren nur von dem (den) kommunalen Eigenbetrieb(en) genutzt werden können. Um die Antragsbearbeitung zu vereinfachen, sollten Gebietskörperschaften im Antrag bereits die Einrichtung nennen, welche die Fahrzeuge letztlich nutzen wird.

**Weitere Informationen**

Vollständiger Förderaufruf und weitere Informationen unter:   
[www.erneuerbar-mobil.de](https://www.erneuerbar-mobil.de/aktuelles/neuer-foerderaufruf-im-flottenaustauschprogramm-sozial-mobil)

FAQ zum Förderprogramm unter: [www.bmu.de](https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/sozial_mobil_faq_bf.pdf)

(IV/2 724-12, Jan Strehmann, 25.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-12 Gemeinsame Agrarpolitik:  
Umschichtung von Direktzahlungsmitteln

**Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes (19/29485) zur Umschichtung von Direktzahlungsmitteln in die sogenannte zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Entwicklung des ländlichen Raums vorgelegt. Der Entwurf sieht vor, bis zu acht Prozent der Mittel für das Antragsjahr 2022 für den Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bereitzustellen. Damit soll das Ziel verfolgt werden, die bereits bisher aus Umschichtungsmitteln finanzierten Maßnahmen durchfinanzieren, um insbesondere zusätzlich mit diesen Mitteln Neuverpflichtungen eingehen zu können und zur Verwirklichung der ehrgeizigen Klimaziele des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) beizutragen. Der DStGB hat Zweifel, ob die Direktzahlungsmittel für die ländliche Entwicklung ausreichen.**

Diese Verfahrensweise betrifft insbesondere flächenbezogene Maßnahmen der Agrarumweltförderung und der Förderung des Öko-Landbaus. Dadurch soll ein Beitrag geleistet werden, um den großen Herausforderungen, vor denen die Landwirtschaft in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz steht, Rechnung zu tragen.

**Hintergrund**

Alle EU-Mitgliedstaaten müssen für die neue GAP-Förderperiode ab 2021 erstmals einen Nationalen Strategieplan für die 1. und die 2. Säule der GAP entwickeln. Das sieht der im Juni 2018 vorgelegte Entwurf der Europäischen Kommission für eine GAP-Strategieplan-Verordnung vor. Die Planung, Vorbereitung und Durchführung der künftigen Fördermaßnahmen der 2. Säule der GAP werden auch im Rahmen des nationalen GAP-Strategieplans in der Kompetenz der Länder liegen. Fördermaßnahmen im Bereich der Direktzahlungen sowie weitere Regelungen im Bereich der 1. Säule (z. B. Ausgestaltung der Konditionalität, Regelungen zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem für Direktzahlungen) werden wie bisher durch Bundesrecht festgelegt.

Mit der Verordnung (EU) 2020/2220 wurde unter anderem Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 geändert. Diese Änderung ermöglicht es den Mitgliedstaaten, bis zum 1. August 2021 zu beschließen, bis zu 15 Prozent der für das Antragsjahr 2022 für Deutschland festgesetzten nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen als zusätzliche, im Haushaltsjahr 2023 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanzierte Förderung bereitzustellen.

Die Entwicklung des GAP-Strategieplans hat weitere Zwischenschritte genommen. Zu den allgemeinen Einleitungsparts des GAP-Strategieplans liegen aktuell seit Mai 2021 Entwürfe des Strategischen Statements zum Plan, das zentrale Zielsetzungen und Ansätze der nationalen Ausgestaltung der Agrarpolitik ausführt, sowie ein Allgemeines Kapitel, betreffend die Thematik Risikomanagement, Grüne Architektur und sektorbezogene Interventionen, vor.

Des Weiteren ist eine strategische Umweltprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung integraler Teil des Verfahrens zur Aufstellung des GAP-Strategieplans. Hierbei ist möglichst frühzeitig der Umweltbericht zu erstellen, der die voraussichtlichen erheblichen Umweltwirkungen der Durchführung des Plans sowie belastbare Alternativen ermittelt, beschreibt und bewertet. Die Öffentlichkeit kann sich zum Entwurf des Plans und dem Umweltbericht äußern.

Quelle: [www.bundestag.de/hib](http://www.bundestag.de/hib)

Quelle: <http://www.bmel.de/gap-strategieplan>

**Anmerkung des DStGB**

Der DStGB arbeitet ebenfalls an der Planung für die 2. Säule aktiv mit. Ob die bis zu acht Prozent vorgesehenen Direktzahlungsmittel einen Erfolg haben werden, muss bezweifelt werden. Letztlich handelt es sich um einen Kompromiss zulasten der 1. Säule, da die Neuverteilung auf die Verringerung der europäischen Mittel zurückzuführen ist. Dies bedeutet auch, dass bestehende Klimaschutzprogramme der 2. Säule für die nächste Förderperiode eine Anschlussfinanzierung benötigen. Ob für die ländliche Entwicklung überhaupt die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen werden, darf insofern bezweifelt werden. Es wird darauf ankommen, wie die Länder sich finanziell für die ländliche Entwicklung aufstellen.

(IV/3 750-11, Finn Brüning, 26.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-13 Seminar für kommunale Wirtschaftsförderungen

**Der DStGB bietet am 21. September 2021 ein Seminar für kommunale Wirtschaftsförderungen zum Thema „Technologieorientierte Startup-Entwicklung – Lernen von den Besten in Deutschland“ an. Durch die hybride Veranstaltung können Teilnehmende vor Ort in Berlin als auch parallel über Zoom teilnehmen.**

**Schwerpunktthema des Seminars**

Welche Anforderungen stellen Startups an kommunale Wirtschaftsförderungen? Welche guten Beispiele der Gründungsförderung gibt es jenseits der Metropolen? Das in Kooperation mit ExperConsult durchgeführte Seminar thematisiert diese und weitere Fragen.

Am Vormittag wird das Beispiel des Wirtschaftsstandorts Paderborn betrachtet. Bürgermeister Michael Dreier stellt hierbei unter anderem die Innovationsstrategie und Startup-Förderung der Stadt vor. Im Anschluss wird am Beispiel der „garage33“ dargestellt, welchen Nutzen die Schaffung eines Technologie- und Gründerzentrums für den Standort, den Mittelstand und für Gründerinnen und Gründer bringt.

Im zweiten Block werden am Beispiel Brandenburgs die Möglichkeiten der Gründungsförderung auf dem Land thematisiert. Hierzu referieren die Landeswirtschaftsförderung sowie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Märkisch-Oderland. Zudem berichtet der Gründer des Startups VR Easy über seine Erfahrungen als Technologieunternehmer auf dem Land.

Das Seminar bietet den Teilnehmenden zudem umfassenden Austausch zur Diskussion und dem Erfahrungsaustausch untereinander.

**Weitere Informationen**

Anmeldungen für eine Online-Teilnahme unter: <https://bit.ly/3ul0EuR>

Gebühren: 75,00 Euro zzgl. 19 % USt.

Anmeldungen für eine Präsenz-Teilnahme unter: <https://bit.ly/3uBYEhU>

Veranstaltungsort: IC-Hotel Berlin Hbf., Katharina-Paulus-Str. 5, 10557 Berlin – Gebühren: 169,00 Euro zzgl. 19 % USt. (der Teilnahmepreis beinhaltet ein Mittagessen sowie die Pausengetränke)

Ansprechpartnerin: Jana Westhoff, E-Mail: [j.westhoff@experconsult.de](mailto:j.westhoff@experconsult.de), Telefon 0231 754 43 240

(IV/2 760-10, Jan Strehmann, 26.5.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**WIRTSCHAFT UND VERKEHR**

2121-14 Save the Date: Forum deutscher Wirtschaftsförderungen am 18.11.2021

**Das Forum deutscher Wirtschaftsförderungen findet in diesem Jahr am 18. November 2021 virtuell unter dem Motto „Die Schubkraft von Krisen nutzen! Wirtschaftsförderung als Impulsgeber und Gestalter“ statt.** **Die Veranstaltung wird gemeinsam vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, Deutschen Städtetag, Deutschen Landkreistag, Deutschen Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften sowie dem Difu durchgeführt.**

**Schwerpunktthema der Veranstaltung**

Seit dem vergangenen Jahr haben wir eine bislang nicht gekannte Gleichzeitigkeit von Veränderungen und Umbrüchen im Alltag erlebt. Mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie, ebenso wie mit den Herausforderungen des Klimawandels stehen wir auch zukünftig vor einem fortdauernden Wandel und damit vor großen Aufgaben. Mit dem diesjährigen Forum deutscher Wirtschaftsförderungen wollen wir deshalb das Thema Krisen, den Umgang mit Unsicherheiten und Zukünften, aber auch die produktiven Schübe, die daraus erwachsen können, adressieren. Dabei soll es vor allem darum gehen, wie Wirtschaftsförderungen die Veränderungen gestaltend und impulsgebend befördern können.

Das Forum deutscher Wirtschaftsförderungen wird in diesem Jahr am 18.11.2021 eintägig virtuell stattfinden.

Referenten werden im Hauptprogramm grundsätzliche Positionen und Impulse zum Thema vortragen. In den Foren wird anhand von Beispielen aus der Praxis diskutiert und die Möglichkeit des gemeinsamen Erfahrungsaustausches gegeben.

**Weitere Informationen**

Hinweise auf Programm und Anmeldung folgen.

(IV/2 760-10, Jan Strehmann, 19.5.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **EUROPA UND INTERNATIONALES**

2121-15 EU-Kommission genehmigt deutsche Beihilferegelung im Bereich der Hochgeschwindigkeitsmobilfunkdienste

**Die Europäische Kommission hat eine Beihilferegelung im Bereich der Hochgeschwindigkeitsmobilfunkdienste für Deutschland genehmigt. Sie umfasst insgesamt 2,1 Mrd. Euro. Die Förderung zielt darauf ab, unterversorgte Gebiete in Deutschland mit besseren Mobilfunkdiensten auszustatten und entspricht damit dem Ziel der EU, den Zugang zu Mobilfunkdiensten in der gesamten Europäischen Union auszuweiten und verfügbar zu machen.**

Durch die deutsche Beihilferegelung sollen sowohl der Ausbau und der Betrieb als auch die Gewährung des Zugangs zu Infrastruktur für Hochleistungsmobilfunkdienste gefördert werden. Die Förderung zielt bewusst auf bisher unterversorgte Gebiete ab, also Gebiete, die entweder überhaupt nicht mit Mobilfunknetzen oder lediglich mit 2G-Netzen versorgt sind. Ausschließlich Gebiete, auf welche diese Kriterien zutreffen, fallen in den Anwendungsbereich der Beihilferegelung. Ferner darf es in diesen Gebieten auf absehbare Zeit auch keine privaten Ausbauvorhaben geben.

Wer eine staatliche Förderung in Form von Zuschüssen durch die genannte Beihilferegelung erhält, wird im Wege der Ausschreibung ermittelt. Dabei kommen vor allem Unternehmen in Frage, die passive Infrastruktur für mobile Sprach- und Datendienste errichten und auch betreiben, beispielsweise also Mobilfunknetzbetreiber, aber auch Glasfaserunternehmen oder Bauunternehmen, die auf diesem Gebiet spezialisiert sind. Verantwortlich für die Durchführung der Beihilferegelung ist die staatliche Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft mbH (Potsdamer Platz Arkaden, Linkstraße 2, 10785 Berlin), welche neu gegründet wurde.

Bereits in ihrer „Gigabit-Mitteilung“ hat die EU ihr Ziel eines umfassenden Zugangs zu Mobilfunkdiensten in der gesamten Europäischen Union verdeutlicht. Zudem enthält die Mitteilung zum „Digitalen Kompass 2030“ auch die Zielvorstellungen der Europäischen Kommission im Bereich der digitalen Infrastruktur. Bis zum Jahre 2030 sollen alle europäischen Haushalte über eine Gigabit-Anbindung verfügen. Darüber hinaus sollen bis dahin alle bevölkerten Gebiete in der EU mit 5G-Netzen ausgestattet sein.

Bei der Prüfung der Beihilferegelung kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass mit der Förderung eine erhebliche Verbesserung der Bereitstellung von Mobilfunkdiensten einhergehen kann. Neben der Anreizfunktion, welche die Beihilferegelung mit sich bringt, wird auch die Tatsache der offensichtlichen Unterversorgung im Bereich der Hochgeschwindigkeitsmobilfunkdienste in einigen Gebieten Deutschlands zu dieser Entscheidung der Kommission geführt haben.

Die deutsche Beihilferegelung steht somit laut der Kommission im Einklang mit den europäischen Beihilfevorschriften.

Pressemitteilungen:

[https://ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2667) und [https://ec.europa.eu](https://ec.europa.eu/germany/news/20210525-beihilfen-mobilfunkdienste_de)

(II/4 Katrin Restle, Brüssel, 25.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-16 Pressemitteilung: infas quo-Studie – Kommunen setzen in Corona-Pandemie stärker auf Karte, Kontaktlos & Co.

**Gemeinsame Pressemitteilung von DStGB und der Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. vom 27.05.2021**

**Ob bei der Ausstellung des Reisepasses, an der Kasse im Schwimmbad oder während des Betankens des E-Autos: Bargeldlose Zahlungen, zum Beispiel per girocard oder Kreditkarte, sind in der Kommune heute schon vielerorts möglich. In knapp jeder fünften Kommune hat die Corona-Pandemie das Bestreben nach Karte, Kontaklos & Co. sogar verstärkt, wie eine aktuelle infas quo-Umfrage der Initiative Deutsche Zahlungssysteme (IDZ) in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) zeigt. Bereits 2014 wurden Kommunen zum Status quo und zu künftigen Potentialen moderner Bezahlsysteme befragt. Die Neuauflage zeigt: An vielen Orten gehört bargeldloses Bezahlen zum Alltag. Doch damals wie heute gibt es immer noch Ausbaupotenzial.**

**Katalysator für Digitalisierungsprozesse**

Die Corona-Pandemie hat zu einer Zunahme von bargeldlosen Zahlungen geführt: „Die Pandemie wirkt als Katalysator und hat eine neue Dynamik in die Digitalisierungsprozesse gebracht, gerade auch beim Bezahlen. Nach der aktuellen Umfrage von IDZ und DStGB wurde in jeder zweiten Kommune in der Pandemie deutlich mehr bargeldlos bezahlt“, sagt Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB.

Insbesondere bei der bargeldlosen Bezahlung in der Verwaltung sind Kommunen heute bereits gut aufgestellt: Knapp neun von zehn Kommunen setzen sie dort ein – egal in welcher Form. 2014 waren es nur 70 Prozent, die die bargeldlose Zahlung anboten. Auch wenn die größeren Kommunen beim Einsatz elektronischer Zahlungssysteme oftmals Vorreiter waren, stehen ihnen kleinere kaum noch nach: Fast jede Kommune mit 50.000 Einwohnern und mehr (96 Prozent) setzt die bargeldlose Bezahlung in der Verwaltung ein. Bei den Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnern sind es bereits beachtliche 79 Prozent. Mit Blick auf die Zahlungssysteme zeigt sich gerade in den Bürgerämtern ein sehr deutliches Bild: Die girocard, die Bezahlkarte der deutschen Banken und Sparkassen, steht damals wie heute auf Platz eins der elektronischen Zahlmöglichkeiten und ist somit nach dem Bargeld die beliebteste Bezahlform. Darauf folgen die Überweisung/Rechnung, der elektronische Lastschrifteneinzug sowie die Kreditkarte.

**„Kontaktlos“ – das neue Normal auch in Behörde & Co.?**

Werden Dienstleistungen in der Verwaltung heute mit der girocard beglichen, dann geschieht dies meist noch mit Stecken der Karte und PIN-Eingabe (78 Prozent). Wie die aktuelle Statistik der Deutschen Kreditwirtschaft zeigt, zahlen Verbraucher inzwischen jedoch bevorzugt kontaktlos: 60 Prozent aller girocard-Transaktionen werden berührungslos getätigt, rund 90 Prozent der Terminals sind kontaktlosfähig. In den Kommunen setzt bisher über die Hälfte aller, die die girocard-Zahlung auf ihren Bürgerämtern möglich machen, auch auf die berührungslose Variante.

Doch auch abseits der Verwaltung sehen Kommunen in vielerlei Anwendungsbereichen Chancen für den Einsatz der elektronischen Bezahlung: Waren es 2014 vorrangig Erlebnis- und Schwimmbäder, Büchereien sowie Parkscheinautomaten, hat sich dieses Bild deutlicher in den Anwendungsbereich der Mobilität verschoben:

Erlebnis- und Schwimmbäder führen die Liste weiter an, dicht gefolgt von Stromtankstellen für Elektroautos und Parkscheinautomaten sowie der Öffentliche Personennahverkehr. Obwohl die bargeldlose Bezahlung im Mobilitätsbereich von Kommunen als sinnvoll erachtet wird, besteht noch Ausbaupotenzial beim Angebot: An den E-Ladesäulen beträgt die Akzeptanz der girocard laut Aussage der Kommunen bereits 45 Prozent, an Parkscheinautomaten hingegen sind es nur 15 Prozent. Bei beiden spielt die Bezahlung via App bereits eine entscheidende Rolle.

**Home-Office steigert Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen**

Doch im generellen Angebot digitaler Dienstleistungen besteht noch Ausbaupotenzial: Gaben vor sieben Jahren Kommunen an, dass 13 Prozent der Dienstleistungen online genutzt und auch bezahlt werden können, sind es heute 20 Prozent. Weitere 18 Prozent geben an, dass Dienstleistungen bereits online genutzt aber noch nicht bezahlt werden können. DStGB-Hauptgeschäftsführer Landsberg betont: „Kommunale Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Ausstellung einer Geburtsurkunde, werden wann immer rechtlich möglich künftig auch digital angeboten werden. Es ist aber ein Prozess, der Zeit benötigt und zwingend auch durch einen flächendeckenden Breitbandausbau bis zur letzten Milchkanne begleitet werden muss. Hier ist Tempo zu machen. Die Nachfrage nach elektronischen Verwaltungsleistungen steigt schließlich und Home-Office ohne schnelles Internet ist schlicht nicht möglich. Insofern wirkt die Corona-Pandemie auch hier als Beschleuniger für ohnehin notwendige Transformationsprozesse.“

„Mit dem Angebot innovativer Bezahlmöglichkeiten modernisieren Kommunen nicht nur ihr Image, sie begegnen auch dem Wunsch der Bürger vermehrt mit Karte und vor allem auch kontaktlos zahlen zu können“, sagt Ingo Limburg, Vorstandsvorsitzender der IDZ. Während die bargeldlose Bezahlung in der Verwaltung heute bereits vielerorts angeboten wird, muss die Kontaktlostechnologie noch stärker Einzug in die Behörden und Ämter finden und digitale Dienstleistungen sollten generell ausgebaut werden.

Weitere Ergebnisse der Studie finden sich im Exposé ([www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de](https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/media/idz_dstgb_expose_bezahlen_in_der_kommune.pdf)) und in der neuen Ausgabe des IDZ-Vereinsmagazins ProChip ([www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/magazin](https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de/magazin/))

**Zur Studie**

Die Ergebnisse der gemeinsamen Erhebung beziehen sich auf eine Online-Umfrage von infas quo, die im Januar und Februar 2021 unter Kommunen durchgeführt wurde (n=436).

**Zum Deutschen Städte- und Gemeindebund**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der Kommunalen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in Deutschland und Europa. Über seine Mitgliedsverbände repräsentiert er rund 11.000 Kommunen in Deutschland. Weitere Informationen befinden sich unter [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de).

**Zur Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.**

Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. mit Sitz in Berlin versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die bargeldlosen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft akzeptieren oder die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen. Sie bündelt die Interessen ihrer Mitglieder und vertritt sie gegenüber Politik und Medien. Rund 100 Millionen girocards von Banken und Sparkassen gibt es in Deutschland – fast jeder Bürger hat sie in der Tasche. Immer mehr Banken und Sparkassen ermöglichen ihren Kunden mit der girocard als Deutschlands meist genutzter Debitkarte den neuen, komfortablen Service des kontaktlosen Bezahlens mit Karte und Smartphone.

Weitere Informationen finden sich auch in DStGB-Aktuell-Beitrag 2121-02 in dieser Ausgabe.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-17 Positive Bilanz des Runden Tisches „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“

**Gemeinsame Pressemitteilung vom 27. Mai 2021**

**Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im September 2018 eingerichtete Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ hat heute seine Bilanz der gemeinsamen Arbeit in der 19. Legislaturperiode vorgelegt. Am Runden Tisch sind erstmalig Bund, Länder und Kommunen in einem eigens dafür eingerichteten Gremium zusammengekommen, um gemeinsam den Ausbau und die finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen voranzubringen. Die Einberufung eines Runden Tisches gegen Gewalt an Frauen ist im Koalitionsvertrag verankert.**

**Bundesfrauenministerin Christine Lambrecht**: „Für viele Frauen ist die häusliche Umgebung kein sicherer Ort. Jede dritte Frau in Deutschland ist in ihrem Leben mindestens einmal von Gewalt betroffen. Etwa jede vierte Frau hat körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner erfahren. Der Schutz von Frauen vor Gewalt muss dringend weiter ausgebaut werden. Schutz und Unterstützung in Frauenhäusern muss in allen Regionen Deutschlands gleichermaßen gesichert sein. Wir sind am Runden Tisch mit Ländern und Kommunen zu einem klaren Ergebnis gekommen: Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode eine bundesgesetzliche Regelung schaffen für den Zugang zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Wir brauchen einen einheitlichen Rahmen für die Finanzierung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfsangeboten. Die Vorarbeiten hierzu treiben wir jetzt intensiv voran. Nur durch koordiniertes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen können die Hilfestrukturen vor Ort langfristig gestärkt werden.“

**Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern und amtierende Vorsitzende der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister Stefanie Drese**: „Der Runde Tisch zur Verbesserung des Gewaltschutzes ist ein großer Fortschritt und hat sich bewährt. Bund, Länder und Kommunen bringen damit erstmals gemeinsam und koordiniert den bedarfsgerechten Ausbau und die finanzielle Absicherung des Unterstützungssystems für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder voran. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass in allen Bundesländern Bauprojekte auf den Weg gebracht wurden und werden, die mehr Frauen und Kindern Schutz und bedarfsgerechte Unterstützung bieten. Insbesondere der Zugang für Betroffene mit Behinderungen wird damit verbessert. Ich freue mich zudem darüber, dass eine deutliche Mehrheit der Mitglieder des Runden Tisches sich für eine bundesgesetzliche Regelung ausspricht, um den Zugang zu Schutz und Beratung bei Gewalt sicherzustellen.“

**Katja Dörner, Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund)**: „Frauen und ihre Kinder, die Gewalt erfahren, brauchen sichere Orte, an denen sie schnell und unbürokratisch Schutz finden. Die Städte, Landkreise und Gemeinden wirken tatkräftig daran mit, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen. Die Kommunen engagieren sich gerade auch in der Corona-Krise durch zahlreiche Projekte und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Das Bundesförderprogramm ist ein erster wichtiger Schritt für bessere Hilfe für Frauen in Not. Aber es muss noch mehr getan werden, weil viele Frauenhäuser überlastet sind. Es ist deshalb gut, dass der Runde Tisch sich auf Eckpunkte verständigt hat, einen geeigneten Rechtsrahmen und eine nachhaltige, solide Finanzierung der Frauenhausplätze zu schaffen, die unabhängig von befristeten Förderprogrammen ist.“

**Positionspapier „Schutz und Beratung bei Gewalt bundesweit sicherstellen – Gemeinsame Position für eine bundesgesetzliche Regelung“**

Erstmals haben sich heute am Runden Tisch Vertretungen aller drei staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – auf breiter Basis gemeinsam zu einem politischen Vorhaben bekannt: Mit dem beschlossenen Positionspapier „Schutz und Beratung bei Gewalt bundesweit sicherstellen – Gemeinsame Position für eine bundesgesetzliche Regelung“ sprechen sich der Bund, eine breite Mehrheit der Bundesländer und der Kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene für eine bundesgesetzliche Regelung zur Finanzierung des Aufenthalts im Frauenhaus aus. Damit soll künftig der Zugang zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bundesweit gewährleistet werden. Außerdem soll ein einheitlicher Rahmen für die finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen geschaffen werden. Das Positionspapier soll die Grundlage für einen Gesetzentwurf in der kommenden Legislaturperiode bilden.

**Zentrale Ergebnisse des Runden Tisches in dieser Legislatur**

Zentrale Ergebnisse des Runden Tisches sind die Umsetzung des Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ in enger Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Beratungen zu einer bundesgesetzlichen Regelung zu Schutz und Beratung bei Gewalt.

Um den Aus-, Um- und Neubau sowie die Sanierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu fördern, stellt der Bund mit dem Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ 30 Millionen Euro pro Jahr in den Jahren 2020 bis 2024 bereit. Das Programm wird in enger Kooperation von Bund und Ländern erfolgreich umgesetzt. Es wurden und werden in allen Bundesländern Bauprojekte auf den Weg gebracht, die mehr Frauen und Kindern Schutz und bedarfsgerechte Unterstützung bieten und insbesondere den Zugang für Betroffene mit Behinderungen verbessern werden.

Flankiert wird das Investitionsprogramm durch das Bundesinnovationsprogramm, für das der Bund 5 Millionen Euro pro Jahr bis 2022 zur Erprobung von neuen Konzepten bei Schutz, Unterstützung und Prävention von Gewalt gegen Frauen zur Verfügung stellt. Auch die Bundesländer und Kommunen investieren in erheblichem Umfang in die Bereitstellung und den Ausbau von Unterstützungsangeboten im Sinne der Istanbul-Konvention.

Die Zusammenarbeit am Runden Tisch hat zu einer Verstärkung des Engagements und zu einer besseren Verzahnung der Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen zum Schutz von gewaltbetroffenen Frauen geführt. Gewinnbringend war der enge Austausch am Runden Tisch auch für den Umgang mit den besonderen Herausforderungen in Sachen Gewaltschutz unter den Bedingungen der Corona-Pandemie.

Daher soll der Runde Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ auch in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt werden. Er hat sich als ein wertvolles Format für ein koordiniertes Handeln von Bund, Ländern und Kommunen zum effektiveren Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt erwiesen und trägt so zu einer zielgerichteten Umsetzung der Istanbul-Konvention bei.

Das **bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“** bietet unter der **Telefonnummer 0800 0116 016** rund um die Uhr, anonym und in 18 Sprachen Beratung und Vermittlung in das örtliche Hilfesystem an. Das Hilfetelefon ist eine wichtige erste Anlaufstelle für gewaltbetroffene Frauen, gerade in Zeiten von Corona. Im Jahr 2020 führten sie 51.407 Beratungen durch – das entspricht einem Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dabei nahmen die Anfragen zu häuslicher Gewalt überproportional zu: Alle 22 Minuten fand im vergangenen Jahr dazu eine Beratung statt. [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de/)

Das Positionspapier „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ steht unter [www.dstgb.de](https://www.dstgb.de/themen/soziales/aktuelles/positive-bilanz-des-runden-tisches-gemeinsam-gegen-gewalt-an-frauen/) zum Download bereit.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-18 Statement: Impfkampagnen beschleunigen – Kinder und Jugendliche stärker in den Blick nehmen – Digitalen Impfausweis nicht überbewerten

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Rheinische Post vom 27.05.2021**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert eine deutliche Beschleunigung der Impfkampagnen. In den letzten Wochen hat die Zahl der Impfungen erfreulicherweise deutlich zugenommen. Über 33,7 Mio. Bundesbürger haben bereits zumindest eine Erstimpfung erhalten, was einer Quote von 40,6 Prozent entspricht. Davon haben bereits knapp 12,3 Mio. Bürgerinnen und Bürger ihre Zweitimpfung erhalten. Wenn wie geplant am 7. Juni 2021 die Priorisierung entfällt und auch die Betriebs- und Privatärzte eingebunden werden, müssen Bund und Länder zusätzliche Impfdosen bereitstellen. Natürlich kann nicht jeder sofort geimpft werden, aber es gibt noch viel Luft nach oben. Daher müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen weiter intensivieren. Ziel muss es sein, im Juli 2021 60 Mio. Bundesbürgerinnen und Bundesbürger geimpft zu haben.

Viel stärker müssen wir die Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen. Sie dürfen nicht die Verlierer der Pandemie sein. Dazu gehört, in den Sommerferien die Zeit zu nutzen, um die Hygienestandards in den Schulen zu verbessern und auch die Testverfahren müssen im neuen Schuljahr fortgesetzt werden, so dass flächendeckend wieder Präsenzunterricht möglich ist. Wenn wie zu erwarten BioNTech und gegebenenfalls Moderna auch für Jugendliche ab zwölf Jahren zugelassen wird, ist das eine große Chance, die sicher viele Eltern und Jugendliche gerne ergreifen werden. Entscheidend ist natürlich, für die Ärzte, aber auch für die Eltern und die Kinder, die Empfehlung der Ständigen Impfkommission. Wenn diese – wie zu erwarten – zunächst nur eine Impfung von Kindern und Jugendlichen mit Vorerkrankungen befürwortet, sollte wenigstens für diese Gruppe entsprechender Impfstoff – anaolog zu den anderen Priorisierungsgruppen in der Bevölkerung – reserviert werden. Da in Kanada und in den USA schon seit Wochen Kinder ab zwölf Jahren geimpft werden, wird sich Datenlage hoffentlich schnell verbessern, so dass die Ständige Impfkommission für alle Jugendliche dann eine Empfehlung aussprechen kann.

Gut ist, dass der digitale Impfausweis in Deutschland kommen wird. Hier ist ein gewisser Aufwand erforderlich, da wir – anders als andere Staaten – kein zentrales Impfregister haben. Wenn spätestens ab Juli die über 18.000 Apotheken und die 44.000 Hausarztpraxen sowie die Impfzentren den digitalen Nachweis erstellen können, wird das funktionieren. Da weiterhin der gelbe Impfausweis in Kombination mit dem Personalausweis auch bei Reisen ins Ausland seine Bedeutung haben wird, wird sich der Run auf die Digitalisierung in Grenzen halten. Dennoch ist es ein gutes Signal, dass der digitale Impfausweis, wie er in Deutschland eingeführt werden wird, auch den europäischen Anforderungen genügt.

Die Ungeduld vieler Menschen ist verständlich, aber jeder weiß, dass fälschungssichere Nachweise, die auch dem Datenschutz entsprechen, natürlich Organisation und Zeit brauchen. Entscheidend wird weiterhin sein, dass die Strategien sowohl beim Impfen von Erwachsenen und Kindern, aber auch beim digitalen Impfausweis immer wieder den Menschen verständlich kommuniziert werden. also weniger ein Wirrwarr von unterschiedlichen Vorschlägen, sondern eine einheitliche Linie. Gerade die Bundesnotbremse hat gezeigt, dass dies das richtige Konzept ist.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-19 Statement: Impfung von Schüler/innen wichtiger Baustein für normalen Schulbetrieb

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die FUNKE Mediengruppe vom 26.05.2021**

Es zeichnet sich ab, dass alsbald auch Impfstoffe für die Impfungen von Jugendlichen ab zwölf Jahren zugelassen werden. Ob die Ständige Impfkommission dies tatsächlich empfehlen wird oder auf Personen mit Vorerkrankungen beschränkt, ist noch offen.

Wenn wir im Herbst endlich wieder normalen Präsenzunterricht in den Schulen haben wollen, wäre es wichtig, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler dieser Altersgruppe geimpft sind. Denn es wird dann auch darum gehen, die während der Pandemie aufgelaufenen Lernrückstände aufzuholen und den Schülerinnen und Schülern wieder ein normales soziales Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Deswegen hoffen wir sehr, dass es am Ende doch eine generelle Impfempfehlung geben wird oder zumindest weitere Datenerhebungen erfolgen, auf deren Basis die Entscheidung dann erneut geprüft werden kann. Da jedenfalls kurzfristig ein kompletter Impfschutz an den Schulen nicht möglich sein wird, muss die bisherige Teststrategie auf jeden Fall zunächst fortgesetzt werden.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-20 Statement: Schulen ertüchtigen – Sommerferien nutzen

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die FUNKE Mediengruppe vom 21.05.2021**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt davor, in den Schulen jetzt einfach zur Tagesordnung über zu gehen. Die Inzidenzzahlen sinken, aber die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir können nicht ausschließen, dass die Pandemie im Herbst unser Leben wieder beeinträchtigt. Nachdem die Schülerinnen und Schüler ein schweres Pandemiejahr hinter sich haben, muss jetzt alles unternommen werden, zu verhindern, dass wir im Herbst wieder zu einem schulischen Lockdown kommen. Alle wissen, dass gerade die Schülerinnen und Schüler endlich wieder einen dauerhaften Unterricht, möglichst in Präsenz, brauchen. Allerdings ist noch nicht klar, wann die jüngeren Schülerinnen und Schüler auch geimpft werden können.

Deswegen dürfen wir nicht länger auf Sicht fahren. Die Sommerferien sollten genutzt werden, um die hygienischen Voraussetzungen überall zu schaffen und den Infektionsschutz in den Schulen dauerhaft nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören Lüftungsanlagen, öffenbare Fenster in allen Unterrichtsräumen und gute Strategien für den Schulweg. Wir dürfen uns nicht der Hoffnung hingeben, die Pandemie wäre überwunden und es werde kein Risiko im Herbst mehr geben. Hier sind Bund, Länder und Kommunen gefordert, aus den Erfahrungen des letzten Sommers zu lernen. Klar ist auch: Vor allem die Länder müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, denn aktive und vorausschauende Bildungspolitik endet nicht vor dem Schultor.

Auch die schulische Digitalisierung muss jetzt noch konsequenter vorangetrieben werden. Wir brauchen klare Regelungen, etwa für einheitliche digitale Schulplattformen, und verbindliche und handhabbare Vorgaben des Datenschutzes. Wir müssen mit Hochdruck daran arbeiten, möglichst schnell möglichst viele Schulen vorrangig an das Glasfasernetz anzuschließen. Denn es macht wenig Sinn, den digitalen Unterricht zu fördern, wenn die technischen Voraussetzungen fehlen. Wir brauchen mehr Mut, mehr Entschlusskraft und mehr Umsetzung, sonst wird am Ende eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern stärker unter den Folgen der Pandemie zu leiden haben als es nötig wäre.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-21 Statement: Lage hoffnungsvoll – Pandemie noch nicht vorbei

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Neue Osnabrücker Zeitung vom 25.05.2021**

Die Infektionszahlen gehen kontinuierlich zurück und bundesweit treten Lockerungen in Kraft. Auch Ausgangssperren sind die Ausnahme, da sie nach den Regelungen der Bundesnotbremse nur in Betracht kommen, wenn der Inzidenzwert in den jeweiligen Regionen über 100 liegt. Wir können durchaus darauf hoffen, dass uns ein entspannter Sommer bevorsteht, zumal die Impfungen immer mehr zunehmen und die Einbindung der Betriebsärzte ab dem 07. Juni einen zusätzlichen Schub beim Impfen verspricht.

Gleichwohl warnen wir davor zu glauben, die Pandemie sei bereits vorbei und alle Einschränkungen könnten aufgehoben werden. Das wäre falsch und gefährlich. Nach wie vor sind wir von der sog. "Herdenimmunität" in Deutschland sehr weit entfernt. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass neue Mutanten auftreten, bei denen die Wirkung der Impfungen eingeschränkt ist.

Hinzu kommt, dass wir im vergangenen Jahr gelernt haben, dass mit dem beginnenden Herbst und der kälteren Jahreszeit die Infektionszahlen deutlich angestiegen sind. Auch die im Sommer zu erwartenden Reisebewegungen, die jedenfalls in Europa wieder weitgehend zulässig sein werden, sind einerseits ein Hoffnungssignal für mehr Normalität, bergen andererseits aber auch die Gefahr, dass zum Beispiel aus Ländern mit besonders hohen Inzidenzzahlen Infektionen nach Deutschland eingetragen werden. Deswegen wird es auch weiterhin für Rückkehrer aus bestimmten Ländern je nach der dortigen Lage eine Quarantänepflicht geben müssen.

Auch wenn es beschwerlich ist: Wir dürfen die erzielten Erfolge jetzt nicht unvorsichtig aufs Spiel setzen. Deswegen ist es auch richtig, die Schnellteststrategie bis auf weiteres fortzuführen. Das gibt nicht nur Sicherheit, sondern führt auch immer wieder zur Entdeckung von Infektionsketten, die dann wirkungsvoll unterbrochen werden können. Mehr Normalität und mehr Veranstaltungen sind gut, aber die Vorsicht muss bleiben.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-22 Statement: Neustart nach der Pandemie notwendig

**Statement von DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg für die Rheinische Post vom 21.05.2021**

**• Wirtschaft stärken, Digitalisierungsschub vorantreiben**

**• Klimaschutzbeschleunigung mit nachhaltigen Investitionen ermöglichen**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert nach der Pandemie einen politischen Kraftakt, um die Wirtschaft zu stärken, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Der Staat hat durch zahlreiche Hilfsprogramme, Rettungsschirme, Kurzarbeitergeld und andere Maßnahmen im Umfang von fast 500 Milliarden Euro die Auswirkungen der Krise abgefedert. Jetzt muss es darum gehen, den wirtschaftlichen Neustart voranzubringen. Unsere Innenstädte und Ortskerne drohen zu veröden. Wir befürchten, dass über 100.000 Einzelhandelsgeschäfte schließen oder gar nicht mehr wieder öffnen. Damit stehen allein bis zu 500.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Hier müssen wir energisch gegensteuern. Die Lage wie sie vor der Pandemie war kommt nicht zurück. Die Menschen haben die Vorteile des Onlinehandels kennengelernt und genutzt. 2021 lag der Umsatz bei über 72 Milliarden Euro. Es muss jetzt darum gehen, die Innenstädte und Ortskerne als Visitenkarten der Kommunen umzugestalten und gleichzeitig dem Klimaschutz mehr Rechnung zu tragen. Stichworte sind: Mehr Erlebnisräume, mehr Kunst, mehr Handwerk, mehr Kultur, Erlebnisgastronomie und auch mehr Wohnraum, aber auch mehr Grün und Wasserstrukturen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei Hitze und Dürre.

Die Pandemie hat die Bedeutung und Wirksamkeit von digitalen Strukturen gezeigt. Den ausgelösten Digitalisierungsschub müssen wir vorantreiben – das fördert die Lebensqualität und stärkt auch den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Klimaschutzziele müssen wir nicht nur beschreiben, sondern die Umsetzung voranbringen. Die Kommunen haben hier eine Schlüsselfunktion. Das gilt für den Ausbau der alternativen Energien, die Verkehrswende, aber auch für die energetische Sanierung der Tausenden von Gebäuden in kommunaler Trägerschaft. Viele gute Ansätze dauern in der Umsetzung aber immer noch viel zu lange. Wir brauchen ein Klimaschutzbeschleunigungsgesetz. Dazu gehört: Digitale Genehmigungsverfahren, der Verzicht auf naturschutzrechtliche Ausgleichsregelungen, wenn die Maßnahme dem Klimaschutz gilt, die Verkürzung der Gerichtswege und auch Präklusions- und Stichtagsregelungen, um die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. Das muss mit einer Kommunikationsstrategie verbunden werden. Der Grundsatz „Not in my backyard“ nach dem Motto „ich bin für Klimaschutz, möchte aber die Windenergie nicht in Sichtweite haben, den Schienenverkehr nicht hören und die neue Busstation auch nicht vor dem Haus haben“, muss gebrochen werden.

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-23 Innovators Club stellt aktuelle Themenwoche vor

**Der Innovators Club, die Ideenschmiede des DStGB, stellt in wöchentlich wechselnden „IC-Themenwochen“ spannende Studien und innovative kommunale Projekte rund um ein für Kommunen relevanten Themenbereich dar. Ein ausgewählter Beitrag der aktuellen Themenwoche „Erneuerbare Energie“ wird hier exemplarisch vorgestellt, alle Beiträge der Themenwoche finden sich unter www.innovatorsclub.de**

**Kommunale Wärmewende – Hemmnisse für Kommunen**

Mehr als die Hälfte der Energie wird für Wärme- und Kälteerzeugung verwendet. Die Wärmeversorgung soll neben der Stromversorgung zur Bekämpfung des Klimawandels ebenfalls verstärkt über erneuerbare Energien abgedeckt werden. 2019 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte 15 Prozent. Die Agentur für Erneuerbare Energie (AEE) und das Fraunhofer-Instituts für Energiewirtschaft und Energiesystemtechnik (IEE) haben im Rahmen des Projektes „Kommunale Wärmewende“ Kommunalvertreter über die Hemmnisse in diesem Prozess befragt.

Der Wärmesektor hat insgesamt einen Anteil von ca. 40 Prozent an den energiebedingten Kohlenstoffdioxid-Emissionen in Deutschland. Besonders Kommunen haben eine zentrale Rolle, um die Wärmewende umzusetzen und damit auch die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen.

Laut der Befragung von AEE und Fraunhofer IEE ist vor allem das Genehmigungsrecht für Verfahren für Windenergie- und Geothermieanlagen zu aufwändig. Darüber hinaus sind auch die Regelungen im Energierecht zu kompliziert. Dies verursacht unter anderem wirtschaftliche Unsicherheiten für Investoren, die noch keine regenerativen Wärmeprojekte umgesetzt haben. Zudem sind hohe Förderanforderungen ein zusätzliches Hemmnis für viele Städte und Gemeinden.

Des Weiteren sind die unklaren Regelungen zur Eigenversorgung aus Anlagen im direkten räumlichen Zusammenhang eine Herausforderung für Kommunen. Hierdurch wird die Sektorkopplung erschwert. Einige Städte und Gemeinden nannten Beispiele, in der eine Abschaltung der Windenergieanlage wirtschaftlich sinnvoller war als die Anwendung im Rahmen der Sektorkopplung und die Zahlung der EEG-Umlage.

Ein weiteres Hemmnis für Kommunen ist der Mangel an Fachpersonal. In zahlreichen Städten und Gemeinden fehlt in der Verwaltung Personal, das sich mit den Technologien auskennt, Bedarfe erkennt und derartige Projekte planen und umsetzen könnte. Dies betrifft vor allem Projekte zur Integration von erneuerbarer Energie in Wärmenetze.

Zudem ist in einigen Kommunen auch ein mangelndes Problembewusstsein an verschiedenen Stellen in der Verwaltung vorhanden. Die teilweise immer noch vorhandene Skepsis gegenüber regenerativen Wärmeprojekten führt vielfach dazu, dass Projekte „hängen bleiben“. Des Weiteren sind auch fehlende finanzielle Mittel ein Hindernis für derartige Projekte.

Insgesamt wurden in der Studie 30 Kommunen im zweiten und dritten Quartal 2020 befragt, von denen elf Kommunen bereits regenerative Wärmeprojekte umgesetzt hatten. Im Rahmen der Studie wurden die Kommunen in Vorreiter-Kommunen (11 Kommunen) sowie Einsteiger-Kommunen (19 Kommunen) unterteilt. Bei der Einstufung waren sowohl Kriterien wie die Einbildung der Bürger:innen oder Klimaschutzkonzepte entscheidend. Vorreiter-Kommunen sind auf einem guten Weg zur Erreichung der Klimaschutzziele 2050. Einsteiger-Kommunen haben bislang noch keine Projekte im Bereich der Wärmewende durchgeführt.

Die aktuelle und ein Rückblick auf die vergangenen Themenwochen unter [www.innovatorsclub.de](https://www.innovatorsclub.de/projekte-publikationen/projekte/innovators-club-themenwochen/).

(Andrea Schermann, 27.05.2021)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-24 Die gute Nachricht: Reisende können Testergebnisse mit Ausweisnummern kombinieren lassen

**Bei den meisten Reisen ist derzeit ein negativer Corona-Test erforderlich, ist man nicht geimpft oder genesen. Ein Labor in Würzburg kann nun auf Wunsch das Test-Ergebnis direkt mit der Ausweisnummer kombinieren.**

Für die Reise in einige Länder benötigen Reisende vor Abflug einen negativen Corona-Test, auf dem die Ausweis- oder Reisepassnummer vermerkt ist. Die Angabe ist freiwillig. Wenn die Nummer eingetragen wird, erscheint sie automatisch auf dem PCR-Testnachweis.

**[Inhaltsverzeichnis](#_top)**

**HAUPTGESCHÄFTSSTELLE**

2121-25 Zehn-Minuten-Internet-Newsletter

**Aus dem Internet berichtet Franz-Reinhard Habbel jede Woche über Ideen, innovative Lösungen und Zukunftsthemen für Kommunen. In der aktuellen Ausgabe geht es unter anderem um:**

**Bundestag beschließt Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises**

In der Sitzung am 20. Mai 2021 hat der Bundestag der Einführung eines elektronischen Identifikationsnachweises mit einem mobilen Endgerät zugestimmt. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein gesetzt, die Nutzung der eID zu verbreitern.

**Wir brauchen einen „Neustaat“, damit das Gute bleibt**

Zu viele Zuständigkeiten, zu wenig Tempo: Die Coronakrise hat klar gemacht, wo es hakt. Wir müssen den Staat modernisieren – jetzt. Ein Gastbeitrag im Tagesspiegel von RALPH BRINKHAUS, Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

**OpenDataLandKarte**

Der Erfolg von Open Data wird in Deutschland vor allem in den Städten sichtbar. Aber auch in den ländlichen Regionen Deutschlands gibt’s inspirierende Open Data-Beispiele. Wir haben sie gefunden, mit den Vertretern vor Ort gesprochen und stellen sie Euch nun vor. In der Karte findet ihr hunderte Beispiele von Geodaten- und Open Data-Portalen von Kommunen und Landkreisen in ländlichen Regionen. Einige dieser Datenportale stellen wir Euch näher vor.

**Warum die Digitalisierung in Deutschland scheitert**

Eine ernsthafte Digitalisierung wird nur dann gelingen, wenn wir den Staat nicht zuerst als Verteidiger bestehender Rechte und Ansprüche definieren, sondern als eine Institution, die ihren Bürgern gegenüber Leistungen erbringen muss.

**Stadt-Terrassen: Neue Perspektiven im Straßenraum**

Treffpunkt, Spielraum, Flaniermeile: Eine Straße kann mehr sein, als ein reiner Verkehrsträger. Wenn man sie für Menschen denkt, statt nur für Autos, entsteht neuer Freiraum für Ideen. Um das Potenzial von Straßen sichtbar zu machen, bietet der Verkehrsverband Rhein-Sieg Mitgliedskommunen ab sofort ein neues Ausleihangebot - die Stadt-Terrassen. Unterschiedliche Module für eine temporäre Straßenmöblierung, mit denen Sie gemeinsam mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern Straßenraum neu denken und ausprobieren können.

Der vollständige aktuelle Newsletter und Anmeldemöglichkeit unter [www.habbel.de](http://www.habbel.de)

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)

# **TERMINANKÜNDIGUNGEN**

2121-26 TERMINVORSCHAU 2021

|  |  |
| --- | --- |
| **Mai** |  |
| 31.05. | 194. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Juni** |  |
|  |  |
| 09.06. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 10.06. | Präsidium- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Sitzungsort offen |
|  |  |
| 15.06. | Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (CCD) |
|  |  |
| 15.06. | 45. Sitzung des Hauptausschusses des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf |
|  |  |
| **18.06.** | **2. Bundesweiter Digitaltag** |
|  |  |
| **21.-22.06.** | **Präsidium- und Hauptausschusssitzung des DStGB, Berlin** |
|  |  |
| 28.06. | 62. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Juli** |  |
|  |  |
| 01.07. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 15.07. | Präsidiumssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Fernwald |
|  |  |
| 19.07. | 195. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **August** |  |
|  |  |
| 12.08. | Vorstand des Städtebundes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| **September** |  |
|  |  |
| **06.-07.09.** | **DStGB-Ausschuss für Europafragen, Brüssel** |
|  |  |
| 08.09. | Rechts- und Verfassungsausschuss des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 13.09. | 196. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **13.-14.09.** | **DStGB-Ausschuss für Städtebau und Umwelt, Isernhagen** |
|  |  |
| 15.09. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 15.09. | Präsidium- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Mühlheim am Main |
|  |  |
| 16.09. | Mitgliederversammlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und Festakt "75 Jahre HSGB", Mühlheim am Main |
|  |  |
| **16.-17.09.** | **Bundestagung des Gemeinsamen Forstausschusses „Deutscher Kommunalwald“, Lemgo** |
|  |  |
| **►21.09.** | **DStGB-ExperConsult-Seminar für Wirtschaftsförderungen „Technologieorientierte Startup-Entwicklung – Lernen von den Besten in Deutschland“, Berlin & Online (hybrid)** |
|  |  |
| **28.09.** | **DStGB-Erfahrungsaustausch "Städtebau", Berlin** |
|  |  |
| **29.09.** | **DStGB-Erfahrungsaustausch "Vergabe", Berlin** |
|  |  |
| 29.09. | Ausschuss für Bildung und Soziales des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 29.-30.09. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 30.09. | Mitgliederversammlung – Hessischer Städtetag, Kassel |
|  |  |
| **Oktober** |  |
|  |  |
| **04.-05.10.** | **DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr, Neustrelitz** |
|  |  |
| **25.-26.10.** | **DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft, Sitzungsort offen** |
|  |  |
| 27.10. | Präsidiumssitzung des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| **November** |  |
|  |  |
| 04.11. | Vorstand des Städtebundes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 08.11. | Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz |
|  |  |
| 08.11. | 63. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| 17.11. | Landesvorstand des Gemeindetags Baden-Württemberg |
|  |  |
| 17.11. | Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| **►18.11.** | **Forum deutscher Wirtschaftsförderungen „Die Schubkraft von Krisen nutzen! Wirtschaftsförderung als Impulsgeber und Gestalter“ (DStGB, DST, DLT, DVWE & difu), Online** |
|  |  |
| 25.11. | Präsidium- und Hauptausschusssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Sitzungsort offen |
|  |  |
| 29.11. | 197. Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt |
|  |  |
| **Dezember** |  |
|  |  |
| 01.12. | Ausschuss für Städtebau und Umwelt des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | (Geschäftsführender) Vorstand des Städteverbandes Schleswig-Holstein |
|  |  |
| 06.12. | Gemeinsame Vorstandssitzung des Städtebundes und des Städtetags Schleswig-Holstein (=Mitgliederversammlung des Städteverbandes Schleswig-Holstein) |
|  |  |
| 09.12. | Präsidiumssitzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, Fernwald |
|  |  |
| **2022** |  |
|  |  |
| **24./25.03.** | **Ordentliche Delegiertenversammlung des RGRE-DS, Sitzungsort offen** |

► Neuer Termin seit der letzten Veröffentlichung

[**Inhaltsverzeichnis**](#_top)